

Sondernummer zum 1. Mai 1989

50 Pfennig

Seit dem 10. April 1989:

600.000 ArbeiterInnen

in Aktion



Über 600.000 ArbeiterInnen in staatlichen Betrieben führen seit dem 10. April 1989 verschiedene passive und aktive Widerstandsaktionen durch. Nach Ankündigung der Gewerkschaftskonföderation Türk-Is sollen die Aktionen einen Monat dauern. Wenn innerhalb dieser Frist, die von den an den Aktionen beteiligten Einzelgewerkschaften als "letzte Warnung an die Regierung" bezeichnet wird, keine Übereinkunft mit den staatlichen Arbeitgeberverbänden erzielt werden sollte, "werden im Mai landesweit alle Betriebe geschlossen bleiben" –so Türk-Is in ihrer Erklärung vom 5. April an die Regierung. Dies ist eine Generalstreikdrohung, die nicht explizit so ausgesprochen wird, weil der Generalstreik per Verfassung nach wie vor verboten ist...

Warum riefen die 26 Einzelgewerkschaften mit über 600.000 Mitgliedern zu Protestaktionen gegen die Regierung auf?

Die Tarifverhandlungen in einem Großteil des staatlichen Sektors zwischen den Gewerkschaften und den staatlichen Arbeitgeberverbänden TÜHIS, KAMU-SEN und KAMU-IS kamen ins Stocken, als die letzteren die legitimen Forderungen der Gewerkschaften ablehnten. Bei Inflationsraten von durchschnittlich 90 Prozent forderten die Gewerkschaften eine 60 bis 70-prozentige Lohnerhöhung als Ausgleich

für die Verluste im letzten Jahr und eine 100-prozentige Lohnerhöhung für dieses Jahr. Außerdem wollten sie die Begrenzung der Tarifverträge auf ein Jahr. Auch die Sozialzuschläge sollten um 200 bis 500 Prozent erhöht werden. Die staatlichen Arbeitgeberverbände für die KITS (Bezeichnung für alle staatlichen Betriebe, auf Deutsch 'Öffentliche Wirtschaftsgesellschaften') ließen sich besonders auf die Forderung der Gewerkschaften, die Tarifverträge auf ein Jahr zu begrenzen, da sonst die

AKTIONEN ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG IN DER TÜRKEI

Im Zusammenhang mit dem Internationalen Frauentag fanden in der Türkei vielfältige Aktionen statt.

Am 8. März gab es in Istanbul-Sultanahmet eine Frauendemonstration, an der ca. 200 Frauen teilnahmen. Sie riefen Parolen aus, sangen Frauenlieder und eine Gruppe von Frauenkulturhaus führte Volkstänze auf. Sie forderten die rechtliche Gleichstellung der Frauen, die soziale und ökonomische Freiheit für Frauen. Sie prangerten die sexistische Gesellschaft und Erziehung sowie die permanente-strukturelle Gewalt gegen Frauen an. In Ankara haben die Frauen, die im Merkez Cezaevi (Zentralgefängnis Ankara) inhaftiert sind, Solidaritätstelegramme von einer unabhängigen Demokratischen Frauendiskussionsgruppe Ankara, erhalten. In Bodrum feierten die Frauen den internationalen

Frauentag, indem sie Schleier verbrannten. Am darauffolgenden Samstag, den 11. März, fand in Istanbul eine große Demonstration statt, die vom feministischen Frauenkreis (FKC), Frauenverein gegen die Diskriminierung der Frau (AKKD), sozialistisch-feministische Kaktus (SFK), Demokratischem Frauenverein (DKD), Frauenkommission des Menschenrechtsvereins (IHD), Frauenkulturhaus und einer Frauenkommission der Zeitung Arbeitswelt (ED), organisiert wurde. An dieser Demonstration, die am Üsküdar-Bağlarbasi anfang und am Bağlarbasi-Platz mit einer Kundgebung endete, nahmen ca. 2000 Menschen teil.

Aus der Demo wurden die aufgrund vorhergeführten Diskussionen entwickelten Slogans ausgerufen: 'Wir wollen nicht in den Häusern eingesperrt sein', 'Hand

Fortsetzung Seite 7

Armut im Auftrag des IWF
Zu den Lebensbedingungen der Werktätigen in der
Türkei Seite 3

1989 – Ein kritisches Jahr für die Türkei
Staatspräsidentenwahl im November
dieses Jahres Seite 7

**Der 1. Mai: 99 Jahre, aber immer noch
wichtig!** Seite 8

TAKSIM - PLATZ

Wann wird er wieder zum Platz des 1. Mai?

In der Bundesrepublik ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, der 1. Mai, längst schon zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden.

Auch in der Türkei wurde nach dem Militärputsch 1980 der 1. Mai gesetzlich geregelt - bis heute sind jegliche 1. Mai-Kundgebungen untersagt. Doch dies war nicht immer so...

Taksim, oberhalb des Stadtteils Beyoglu, ist der größte Platz Istanbuls. Ein "europäischer" Platz im europäischen Teil der Stadt: kahlgeschlagener von den Modernisierern in den fünfziger Jahren, umgeben von Nobelhotels, strategisch besetzt durch Panzer am 12. September 1980, dem Tag des Putsches, gesäubert durch das Militär und ausgestattet durch das unvermeidliche Atatürk-Denkmal, die Blumenbuketts und das Meer türkischer Nationalflaggen in den achtziger Jahren und schließlich marktstrategisch ausgewählt zur Eröffnung der ersten MacDonalds-Filiale in der Türkei.

Menschenmassen bewegen sich zu den an- und abfahrenden Bussen, zwischen den Bäumen der breiten, schattigen Allee, auf der im Schrittempo ein Polizeiwagen auf- und abpatrouilliert. Bewegungen ganz anderer Art gab es auf dem Taksim-Platz an den ersten Maitagen Ende der siebziger Jahre: seit über 50 Jahren gingen erstmals wieder Hunderttausende am 1. Mai auf die Straßen, um für die Rechte der ArbeiterInnen einzutreten. Der 1. Mai auf dem Taksim-Platz wurde zum Symbol für den Kampf der türkischen ArbeiterInnen.

Erstmals in den ersten Jahren der Republik Kemal Atatürks wurde der 1. Mai als ArbeiterInnenfeiertag begangen. Doch schon bald, in der Mitte der 30er Jahre, zogen die Herrschenden es vor, den Kampftag umzudeklarieren. Aus dem 1. Mai wurde der Tag des Frühlings - und er blieb es bis in die Mitte der siebziger Jahre. Zwar erklärte nach 1961 der damalige Arbeitsminister unter der İnönü-Regierung, Bülent Ecevit, den ersten Mai zum offiziellen ArbeiterInnenfeiertag, doch begangen wurde dieser nicht. Die türkischen ArbeiterInnen nutzten lieber die Möglichkeit, die 1963 durch die Legalisierung des Streikrechtes per Gesetz Nr. 275 geschaffen worden war: allein zwischen 1960 und 1970 kam es zu insgesamt 762 Streiks, Besetzungen und Protestaktionen. Warum heraus zum 1. Mai, wenn auch jeder andere Tag recht ist?

Einen qualitativen Aufschwung erhielt die Arbeiterbewegung in der Türkei durch die Abspaltung ethischer fortschrittlicher Gewerkschaften aus dem regierungskonformen gelben Gewerkschaftsverband Türk-İs und die Gründung der Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften DISK im Jahre 1967. Als diese 1970 durch die Demirel-Regierung wieder verboten werden sollte, gingen am 15./16. Juni über 100 000 ArbeiterInnen auf die Straße und trotz Verhängung des Ausnahmezustandes mußte die Regierung die Gesetzesentwürfe

zurücknehmen. Doch was Demirel nicht schaffte, gelang am 12. März 1971 den Militärs durch einen Putsch: die DISK wurde verboten und für die darauffolgenden zweieinhalb Jahre mit militärischen und administrativen Mitteln niedergehalten. Doch nach dem Übergang zu zivilen Regierungen kehrte die DISK stärker als zuvor auf die politische Bühne zurück. 1975 gelang es ihr,

heimdienstes MIT, die mit ihren automatischen Waffen den 1. Mai 1977 auf dem Taksim in einen blutigen 1. Mai verwandeln sollten: über 30 Organisationen riefen unter Führung der DISK zur Mai-Kundgebung auf dem Taksimplatz auf und über eine Million Menschen kamen. Der Platz wimmelte von Menschen und Plakaten von verschiedenen linken Organisationen. Aber nicht alle linken Organisationen durften an der 1. Mai-Kundgebung 1977 teilnehmen: die DISK-Führung hatte unter Druck der TKP-Revisionisten beschlossen, daß Gruppen, die die These vom "Sozialimperialismus" vertreten haben, nicht an der Kundgebung beteiligt werden sollten. Diese Gruppen



1. Mai 1978... Ein Jahr nach dem blutigen 1. Mai 1977, an dem 36 ArbeiterInnen ihr Leben ließen. Kontingenteinheiten des Staates beschossen damals gemeinsam mit den Grauen Wölfen die Kundgebung, zu der über eine Million Menschen erschienen waren...

das seit der Republikgründung faktisch bestehende 1. Mai-Verbot zu durchbrechen und den 1. Mai als ArbeiterInnenfeiertag zu erkämpfen. 500 000 Menschen demonstrieren am 1. Mai 1976, dem "Tag der Arbeit", in Istanbul. Der Taksim-Platz sollte zum "Platz des 1. Mai" werden. Wenige Monate später organisiert die DISK den ersten Generalstreik in der Geschichte der Türkei - die Arbeiterbewegung ist organisiert und kampfbereit. Doch 1976 war auch das Jahr der Eskalation des faschistischen Terrors, der nun von Jahr zu Jahr zunehmen sollte: betrug die Zahl der politischen Morde 1976 schon 90, waren es ein Jahr später fast 300. Während die Killerkommandos der "Grauen Wölfe" auf den Straßen mordeten, hatten Anhänger der faschistischen MHP des Alparslan Türkeş strategisch wichtige Stellen im Staatsapparat besetzt.

Strategisch plazierte waren dann auch die Killer des türkischen Ge-

können. Doch auch die "Reformhoffnung" des neu gewählten sozialdemokratischen Bülent Ecevit scheiterte an politischem Terror und ökonomischer Krise.

1978 sollte der Taksim-Platz zum letzten Mal Schauplatz einer 1. Mai-Massendemonstration werden. Nach der Verhängung des Kriegsrechts Ende des Jahres in 13 Provinzen, darunter Istanbul, verbot die CHP unter Ecevit die erste Mai-Feier 1979. Als DISK-Mitglieder gegen dieses Verbot durch die ihr nahestehende Regierung protestierten, wurden 500 Personen verhaftet, darunter der gesamte Vorstand. Wenige Monate später trat die Reformhoffnung Ecevit zurück, der "Law-and-Order"-Mann Demirel versuchte sich mit dem Regieren des krisengeschüttelten Landes. Parallel zur vollständigen Übernahme des arbeiterfeindlichen Diktats des Internationalen Währungsfonds am 24. Januar 1980, das für die Bevölkerung Preiserhöhungen und Lohnsenkungen bedeutete, erweiterte Demirel die Kriegsrechtsbestimmungen und ging mit Militär gegen streikende ArbeiterInnen vor. Ein letztes Mal versuchte die DISK gegen das 1. Mai-Verbot vorzugehen: am 30. April wurde in zahlreichen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Doch erfolglos; stattdessen erließ eine Woche später die

die sich als Unterstützer der Arbeiter ausgeben, das Gerücht, die Arbeiterrechte seien abgebaut worden, die Arbeiter seien benachteiligt. (...) Je mehr sich die Lage unserer Wirtschaft verbessert, desto mehr werden wir unseren Brüdern, den Arbeitern, geben. Aber auf keinen Fall gibt es einen Abbau der Arbeiterrechte." Doch die, die angesprochen sind, können sich allenfalls noch vor dem Richter äußern; so wie der DISK-Vorsitzende Abdullah Bastürk am 1. Mai 1982 in seiner Aussage im zentralen DISK-Prozeß: "Sich der Einheit des wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kampfes bewußt zu sein heißt, den wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften dem politischen und ideologischen Kampf zuzuordnen." Der 1. Mai 1983 besiegelt schließlich das Schicksal der Gewerkschaften für die nahe Zukunft: mit den Gesetzen Nr. 2821 und 2822 werden das Streikrecht, die Tarifaueinandersetzungen und die Arbeit der Gewerkschaften neu geregelt und gleichzeitig in ein Korsett gesteckt, das zu eng ist, um wirkliche Gewerkschaftsarbeit zu ermöglichen. Hineingesteckt in dieses Korsett wurde der einzige Gewerkschaftsverband, der auch hineinpaßte: die gelbe TÜRK-İS, die seit Mai 1983 wieder zugelassen ist. Seitdem wird wieder gestreikt - wenn es Regierung und Arbeitgeber erlauben natürlich. Der 1. Mai jedoch blieb verboten auch nach der "Rückkehr zur Demokratie", die der Türkei den gewählten Ministerpräsidenten Turgut Özal und den nun "zivilisierten" Staatspräsidenten und Ex-Putschgeneral Kenan Evren bescherte. Doch die Auseinandersetzungen um den 1. Mai gehen weiter. 1986 beantragte die sozialdemokratische SHP die Anerkennung des 1. Mai als offiziellen "Tag der Arbeit" im Parlament, worauf es zu tumultartigen Szenen kam. Staatspräsident Evren schlug daraufhin vor, den Tag der Arbeit, wenn überhaupt, doch am 15. oder 25. März zu begehen. Ein Jahr später änderte er seine Meinung und schlug nun den 24. Juli vor: "Ich kann nicht verstehen, warum unbedingt der 1. Mai sein soll." Am gleichen Tag, dem 1. Mai 1987, wurde Semahat Akin auf dem Taksim-Platz verhaftet, als sie ein Tuch schwenkte: "Es lebe der 1. Mai." Auch im letzten Jahr war der Taksim-Platz wieder Schauplatz von Protesten gegen das 1. Mai-Verbot. Acht Abgeordnete der SHP legten Blumen nieder zum Gedenken an die Opfer des 1. Mai 1977. Zur gleichen Zeit versuchte eine Gruppe von DemonstrantInnen trotz Polizeiaufgebot auf den Taksim-Platz zu gelangen. Unter den Prügeln der Sondereinheiten riefen die Sitzenden: "Der 1. Mai kann nicht verhindert werden!" Zahlreiche Verletzte und 70 Verhaftete waren das Ergebnis des Protestes. Es wird vermutlich noch eine Zeit dauern, bis der Taksim wieder zum "Platz des 1. Mai" wird.



1. Mai 1977... Ein Arbeiter fiel den Schüssen faschistischer Kräfte zum Opfer!

rechte Mehrheit im türkischen Parlament Dekrete, die Streiks in staatlichen und privaten Betrieben von der Genehmigung durch das Militär abhängig machten. Dennoch riss die Streikwelle nicht ab: Ende Juli streikten fast eine Million Arbeiter und Angestellte aus Protest gegen die Ermordung des Gewerkschaftsführers Kemal Türlker (1. DISK-Vorsitzender), im September standen ca. 300 000 ArbeiterInnen kurz vor dem Ausstand. Doch dazu kam es nicht: am 12. September 1980 übernahm wiederum das Militär die Macht. Die Gewerkschaften wurden verboten, ihre Mitglieder verhaftet, der DISK der Prozeß gemacht. Am 1. Mai 1981 stehen Panzer auf dem Taksim-Platz und allein in Istanbul werden bei vorsorglichen Razzien anläßlich des verbotenen Maifeiertages 341 Personen verhaftet. Statt der Gewerkschaftsführer hält Putschgeneral Kenan Evren Reden zum 1. Mai. In Elazığ verkündet er: "In den letzten Tagen verbreiten manche Personen,

ARMUT IM AUFTRAG DES IWF

1988 war in der Türkei das Jahr der Streikrekorde. Es wurden mehr Streiks als in den Krisenjahren 1977 und 1980 gezählt. Bereits im ersten Halbjahr 1988 war die Zahl der Ausstände höher als in den Jahren 1984, '85 und '86 zusammengenommen. Trotz der restriktiven Streik- und Gewerkschaftsgesetze gab es insgesamt 503 Ausstände, an denen sich 30483 Arbeitnehmer beteiligten, und die die Arbeitgeber 2,8 Millionen Arbeitstage kosteten. Neben kurzen Warnstreiks waren darunter auch mehrmonatige Arbeitskämpfe wie zum Beispiel der Streik von über 13500 Arbeitern bei den staatlichen Papierfabriken SEKA, der 131 Tage dauerte. Aber auch die, die nicht streiken durften, ließen sich Protest- und Boykottmaßnahmen einfallen...

“Wir haben Hunger!” Das ist die immer häufiger zu vernehmende Parole auf Demonstrationen gegen Preiserhöhungen und für höhere Löhne. Nicht ohne Grund, denn

— für ein Kilo Brot arbeitete ein türkischer Arbeiter vor 9 Jahren 29 Minuten, heute sind es 51 Minuten.

— für ein Kilogramm Fleisch mußte der türkische Arbeiter vor 10 Jahren 7,23 Stunden arbeiten, heute benötigt er für dieselbe Menge Fleisches 13,5 Stunden.

Daß bei vielen Familien seit Jahren kein Fleisch mehr auf den Tisch gekommen ist, mag angesichts dieser Tatsachen nicht verwundern.

In einer Studie von Wissenschaftlern der Atatürk-Universität wurden in Erzurum 2910 Kinder aus Arbeiter-, Angestellten- und Bauernfamilien im Alter von bis zu 2 Jahren untersucht. 70,8 Prozent dieser Kinder zeigten deutliche Symptome von Unterernährung.

Bei einer Inflationsrate von durchschnittlich 90 Prozent im Jahre '88 betrug die Preissteigerungen bis zu 160 Prozent. Ein türkischer Arbeitnehmer muß heute durchschnittlich 15 Stunden und 28 Minuten für den Lohn arbeiten, den er 1981 in 8 Stunden verdiente, das heißt, die Reallöhne sind in 8 Jahren um fast die Hälfte gefallen. Die monatlichen Ausgaben einer 4-köpfigen Familie für Lebensmittel beliefen sich laut Berechnung staatlicher Stellen im Dezember 1988 auf 284795 TL (ca. 270,- DM).

Wie soll eine Arbeiterfamilie überleben, wenn der staatlich festgesetzte Mindestlohn 84000 TL netto im Monat beträgt, das sind gerade 80 DM? Ein Industriearbeiter verdient zwischen 100 und 300 DM netto. 81,5 Prozent der Beamten, das sind ca. eine Million, verdienen weniger als den Mindestlohn, sie erhalten netto zwischen 29000 und 78000 TL, also 25 bis 70 DM.

Für die Miete einer einfachen Wohnung arbeitet ein Durchschnittsarbeiter 34 Arbeitstage, vor 9 Jahren waren es noch 12 Tage.

EIN EINKOMMEN REICHT NICHT

Um überhaupt die Ernährung einer Familie abzusichern muß eine Familie mindestens zwei Einkommen zusammenbringen.

doppelter Arbeit, Gelegenheitsarbeit, Kinderarbeit über Wasser zu halten, wer zu den Arbeitslosen gehört (nach offiziellen Angaben 15 Prozent -dies sind nur die registrierten, aber wer läßt sich schon registrieren ohne Aussicht auf Unterstützung oder Arbeitsvermittlung), für den stehen nur noch wenige Wege offen:

Neben einer starken Zunahme der Prostitution und Bettlei

schen Bevölkerung geht auf die vom Internationalen Währungsfond (IWF) am 24. Januar 1980 diktierten Wirtschaftsbeschlüsse zurück, mit denen die Zahlungsunfähigkeit der Türkei behoben werden und die völlig marode türkische Wirtschaft durch ein neues Wirtschaftssystem saniert werden sollte.

Teil dieses Systems war es, die öffentlichen Ausgaben zu senken. Dies wurde durch Massenentlassungen in Staatsbetrieben, sowie Lohn- und Gehaltsstopp erreicht, die nicht zuletzt als Anreiz für ausländische Investoren dienen sollte. Durch Exportorientierung spekulierte man auf höhere Deviseneinnahmen zur Rückzahlung der Aus-

Anteil der Erwerbstätigen am Nationaleinkommen:

1977	:	37%
1980	:	26%
1983	:	24%
1986	:	18%
1987	:	16%
1988	:	15%

Anteil der Kapitalisten am Nationaleinkommen:

1977	-	34%
1980	-	40%
1985	-	62%
1987	-	66%

(im gleichen Jahr ist der Anteil der Agrarwirtschaft von 29% auf 17% gesunken)



Die meisten Arbeiter haben nach der Fabrik noch einen zweiten Job, z.B. betreiben sie Straßenverkauf. Lehrer verdienen sich nach der Schule als Lastenträger. Kinder arbeiten bereits im Alter von 5 bis 6 Jahren als Straßenverkäufer, in Kleinbetrieben (z.B. ist Autoreparatur in den Händen der Kinder) und dies oft nicht nach der Schule sondern anstelle der Schule. Landarbeitern, die im Sommer auf den Feldern arbeiten, bleibt im Winter oft nichts anderes übrig, als in den Städten betteln zu gehen. In Istanbul wurden in diesem Winter allein 14 000 Bettler, die dort in Zeltlagern hausen, offiziell registriert und dies ist nur die Spitze des Eisberges.

Eine richtige Wohnung kann sich eine Arbeiterfamilie schon lange nicht mehr leisten. Sie leben in den Gecekondu, den “über Nacht erbauten” Häusern und Hütten, die sich in den Städten scheinbar endlos ausdehnen. Zwischen 40 bis 70 Prozent der Stadtbevölkerung lebt in diesen slum-ähnlichen Behausungen -meist ohne Wasser, ohne Kanalisation, keine Müllabfuhr, keine öffentlichen Verkehrsmittel, keine ärztliche Versorgung, mangelnde Stromversorgung... Oft hat in den feuchten, zugigen Häusern eine Familie nur einen Raum zur Verfügung. Die Häuser sind illegal gebaut -ständig vom Abriss bedroht. Gegen die Bewohner, v.a. Frauen und Kinder, die sich mit Steinen und Stöcken gegen Abrisse zu wehren versuchen, wird mit brutalen Polizei- und Militäreinsätzen vorgegangen.

Wer es nicht schafft, sich mit

stieg nach Angaben der Polizei in den letzten Jahren vor allem die Kinderkriminalität stark zu. 1987 wurden ca. 40.000 Kinder wegen stabrärer Handlungen



festgenommen und vor Gericht gestellt. Zur “Lösung” des Problems wurden extra Kindergerichte und Kindergefängnisse eingerichtet.

Eine letzte Einnahmequelle wird von immer mehr Familien in Anspruch genommen: der Verkauf von Körperorganen. Was im Januar 1989 als großer Skandal durch die europäische Presse ging, der illegale Handel mit Nieren türkischer Staatsbürger, die für 6500 DM in London eine Niere “spendeten”, dieser Organhandel ist in der Türkei seit langem gängige Praxis. Und auch dies liest man immer wieder in der türkischen Presse: Eltern bieten ihre Kinder zum Verkauf an, weil sie sie nicht mehr ernähren können.

DER PUTSCH DER GENERÄLE

Die Lebenssituation der türki-

landsschulden. Hierzu mußte allerdings zunächst die Inlandsnachfrage gesenkt werden. So mußten die Löhne fallen und die Gewerkschaftsbewegung



zerschlagen werden. Am 12. September '80 putschte das Militär, und mit der Verfassung von 1982 wurde ein System der Verbote, der Unterdrückung und Repression installiert, die eine Verwirklichung der oben beschriebenen Wirtschaftsmaßnahmen möglich werden ließ. Der daraus folgende Verelendungsprozeß gigantischen Ausmaßes hat noch eine andere Seite: Die Gewinne der großen Unternehmen lagen 1987 bei durchschnittlich 100 Prozent, es wurden Netto-Gewinne zwischen 27 und 466 Prozent erwirtschaftet. (Die tatsächlichen Profite dürfen aufgrund von Bilanzschwindel wesentlich höher liegen.) Der Grund hierfür: der Rückgang des Lohnanteils an den Gesamtproduktionskosten. Während der Anteil der Erwerbstätigen am Nationaleinkommen trotz stetigen Anwachs-

sens des Prokopfteinkommens nur noch ca. 15 Prozent beträgt (zum Vergleich: 1977 37%), erhöhte sich der Anteil der Unternehmer am Nationaleinkommen von 34% (1977) auf 66% ('87). Somit hat sich der Anteil der Unternehmer am Nationaleinkommen verdoppelt, während sich der Anteil der Erwerbstätigen am Nationaleinkommen um die Hälfte verringert hat. Bei diesen Unternehmen handelt es sich um türkische Großkonzerne (Holdings), die mit ihren ausländischen Partnerunternehmen wie AEG, Siemens, MAN, Mercedes u.v.m. bei mittelalterlichen Arbeitsbedingungen von den niedrigen Löhnen, den nicht vorhandenen Arbeitsschutzbedingungen (die Arbeitsunfallsquoten sind die höchsten in den OECD-Ländern), den minimalen Sozialleistungen, den restriktiven Streik- und Gewerkschaftsgesetzen profitieren.

Für 1989 wird eine weitere Ausdehnung der Streikwelle erwartet. Die Arbeiter, deren täglicher Kampf ums Überleben ihnen kaum Zeit für Politik läßt, organisieren sich mehr und mehr an ihren Arbeitsplätzen. Die Angst vor der Unterdrückung durch Gesetze, Polizei und Militärs, die sie jahrelang schweigen ließ, weicht dem Mut der Verzweiflung. Sie haben nichts mehr zu verlieren...

Zahlen und Daten aus folgenden Zeitungen:

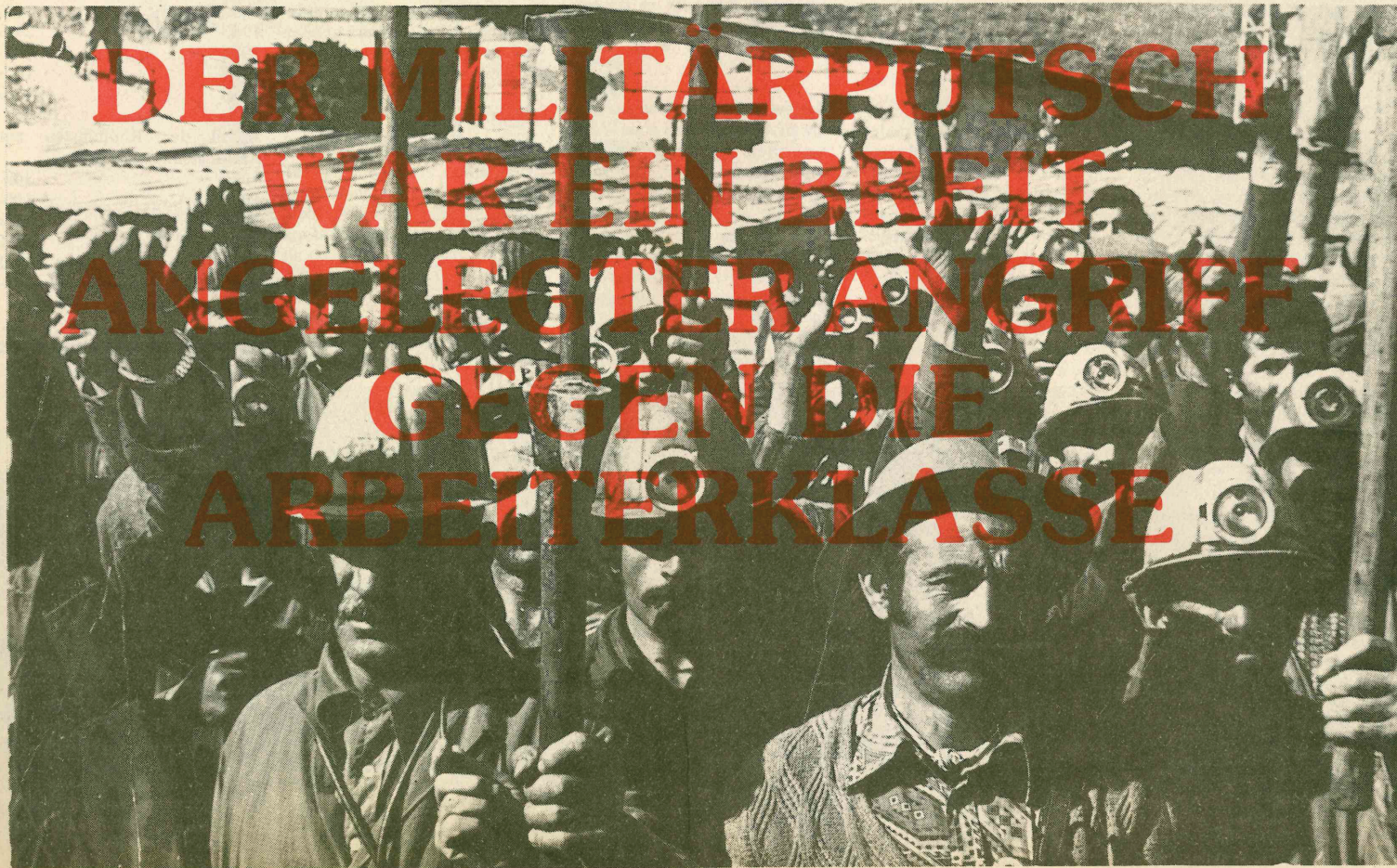
Frankfurter Rundschau, 6.4.88, 19.10.88, 13.1.89

Cumhuriyet, 23.3.88, 31.5.88, 30.12.88, 3.1.89, 16.2.89, 17.2.89

Hürriyet, 5.4.88, 6.5.88, 13.9.88, 14.9.88

Milliyet, 22.9.88, 24.9.88

Es gibt keine gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten in der Türkei:



DER MILITÄRPUTSCH WAR EIN BREIT ANGELEGTER ANGRIFF GEGEN DIE ARBEITERKLASSE

„Während neue gesetzliche Maßnahmen zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Angriff genommen werden, darf keines Falls außer Acht gelassen werden, daß einige Gewerkschaften bis heute extreme Aktivitäten zur Zersetzung des türkischen Staates und der türkischen Wirtschaft entfaltet haben...“

Diese Zeilen schrieb Vehbi Koc, führender Holdingbesitzer und Monopolkapitalist der Türkei, in einem an Kenan Evren, den Putschgeneral und gegenwärtigen Staatspräsidenten, adressierten Brief vom 3. November 1980, in dem er im Namen „seiner engsten Freunde“ die Erwartungen der Monopolbourgeoisie, der in den Imperialismus integrierten Kreise des Kapitals an die Militärregierung formulierte. (1) 3 Wochen zuvor hatten die Militärs unter dem Vorwand, den „Bruderkrieg“ zu beenden und „für Ruhe und Ordnung zu sorgen“, geputscht und eine blutige offen-faschistische Diktatur errichtet, wie sie die Türkei noch nie zuvor erlebt hatte. Der Militärputsch kam mit den Worten von Vehbi Koc „genau rechtzeitig, denn eine Situation ist erreicht worden, in der die Lehrer vor ihren Schülern, die Vorgesetzten vor ihren Angestellten, die Mütter und Väter vor ihren Kindern, die Fabrikbesitzer vor ihren Arbeitern Angst haben...“

Warum hatten die Fabrikbesitzer, die Herrschenden so viel Angst?

Die Türkei befand sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in einer tiefen ökonomischen Krise, die zunehmend auch die Bereiche Politik, Kultur, offizielle Staatsideologie usw. ergriff. Im Namen der neuen Arbeitsteilung in der Welt stellte schon vor Vehbi Koc der IWF seine Bedingungen an die Türkei, die dann als die Maßnahmen vom 24. Januar berühmt werden sollten.

Auf den Punkt gebracht sollte die Türkei eine neue Wirtschaftspolitik einschlagen, die „exportorientiert“ sein sollte und nur nach dem berechtigten Modell Milton Friedmans verwirklichtbar wäre. Die monetaristische Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkt Exportorientierung sei die einzig richtige Form des Ausweges aus der sich rasch ausbreitenden Krise, die die Türkei in den Augen multinationaler Finanzinstitutionen wieder kreditwürdig machen werde. Danach sollten die Löhne so niedrig wie möglich gehalten oder eingefroren werden, die niedrigen Löhne sollten das ausländische Kapital in die Türkei locken, die Akkumulation des Kapitals sollte unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen intensiviert werden, besonders die Ausfuhr von Industrieprodukten sollte durch staatliche Subventionen gefördert werden... All diese Maßnahmen konnten von der damaligen Demirel-Regierung nicht durchgeführt werden, denn neben den offenen Streitigkeiten innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten machte besonders die Existenz starker und kampfwilliger Gewerkschaften und einer auf breiter Basis organisierten demokratischen Volksbewegung die reibungslose Durchführung der IWF-Maßnahmen (mit relativ friedlichen Mitteln) unmöglich. Also machten die Interessen des ausländischen Kapitals und seiner einheimischen Verbündeten notwendig, daß die Opposition zerschlagen, die Gewerkschaften verboten werden. Dies war eine der wesentlichsten Aufgaben der faschistischen Militärdiktatur.

Entsprechend den Wünschen und Forderungen der in- und ausländischen Auftraggeber der Putschisten richteten sich damit die scharfen staatsterroristischen Pfeile der Junta gegen die arbeitenden Teile der Bevölkerung, gegen deren politische

und gewerkschaftliche Interessenvertretungen.

Gleich nach der Machtübernahme des Nationalen Sicherheitsrates, so nannte sich die 5-köpfige Militärjunta unter Führung von Kenan Evren, wurden folgende Maßnahmen u.a. auch als Vorbedingung einer reibungslosen Umsetzung der neuen Wirtschaftspolitik ergriffen und zügig durchgeführt:

- Die Aktivitäten von DISK (Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften mit über 600.000 Mitgliedern), MISK (die zivilfachistische Gewerkschaft, die von den Grauen Wölfen ins Leben gerufen wurde) und HAK-IS (von moslemischen Fundamentalisten gegründet) wurden verboten. Gleich darauf wurden alles Eigentum und alle Güter dieser Konföderationen und aller ihrer untergeordneten Einzelgewerkschaften beschlagnahmt. Die Führer und tausende von Mitgliedern hauptsächlich der DISK wurden festgenommen, gefoltert und eingekerkert. (2)

- Alle Streiks wurden auf Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates beendet, beschlossene Streiks bis auf Weiteres ausgesetzt. Von dieser Maßnahme waren über 800.000 ArbeiterInnen betroffen.

- Mit dem Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates vom 27. Dezember 1980 wurde der sog. Hohe Schiedsrat ins Leben gerufen. Er setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Regierung, des Staatspräsidentenrates, der Arbeitgeberverbände und der Türk-Is (einzige zugelassene Gewerkschaftskonföderation.) Auf Druck der Basis mußte Türk-Is ihre Mitgliedschaft zurücknehmen. Die Aufgabe des Hohen Schiedsrates, in dem die Vertreter der Arbeitgeber und der Regierung in der Überzahl sind, besteht darin, in allen die Arbeitswelt betreffenden

Fragen die letzte Entscheidungsinstanz zu sein, deren Entscheidungen für die ArbeiterInnen verbindlich sind. Z.B. darf der Hohe Schiedsrat im Namen der ArbeiterInnen in einem bestimmten Sektor die Tarifverhandlungen durchführen, die Löhne festlegen, beschlossene Streiks aussetzen oder gar untersagen. (3)

- Mit dem Gesetz Nr. 2429 wurde die Anzahl der bezahlten Urlaubstage um 5,5 Tage gekürzt, der 1. Mai-Feiertag wurde abgeschafft.

- Zwischen dem 18.9.1980 und 9.1.81 wurden die Aktivitäten der Petrol-Is, Mitgliedsgewerkschaft von Türk-Is, untersagt. Andere Ein-

zelgewerkschaften, die zwar der Türk-Is angehörten aber eine linke Ausrichtung hatten wie z.B. Automobil-Is, fielen den Verbotsmaßnahmen des Regimes zum Opfer.

- Auch das für Arbeitgeber seit Jahren lästige Problem der Altersversorgung wurde gelöst. Die vom Arbeitgeber einmalig zu bezahlende Altersabfindung wurde auf das 7,5-fache des Mindestlohns begrenzt. Alle Rechte und Freiheiten, alle Erwerbsmöglichkeiten der Arbeiterklasse, die in jahrzehntelangen Arbeitskämpfen erkämpft wurden, wurden nacheinander eingeschränkt, beschnitten und abgeschafft.

Die Operation des Kapitals, geplant vom IWF, durchgeführt vom Nationalen Sicherheitsrat, war be-

Fortsetzung Seite 5

KURZE ANMERKUNGEN ZU DISK UND TÜRK-IS

Die DISK (Konföderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften) wurde am 13. Februar 1967 gegründet. Vorher hatte es nur die auf Klassenzusammenarbeit festgelegte 'TÜRK-IS' gegeben, die 1952 unter 'Mitwirkung' des CIA gegründet worden war, nachdem die Türkei Mitglied der UNO wurde und der UNO unter anderem die Existenz gewerkschaftlicher Freiheiten präsentiert werden mußte. Der Einfluß des CIA auf die Türk-Is läßt sich schon daran ablesen, daß in den Jahren 1960-70 die Gelder des AID (mit dem CIA eng zusammenarbeitende Entwicklungshilfeorganisation) genausoviel ausmachten, wie die insgesamt in dieser Phase eingewonnenen Mitgliedsbeiträge. Alle Spitzenfunktionäre der Türk-Is zeichnen sich nebenbei durch längere Schulungsaufenthalte in den USA aus.

Die Phase der Gründung von Türk-Is war auf gesamtgesellschaftlicher Ebene durch die rasche Zunahme des Einflusses des US-Imperialismus in der Türkei gekennzeichnet. Auch im gewerkschaftlichen Bereich arbeiteten die US-Imperialisten mehr und mehr daran, eine gemäß dem US-Strickmuster aufgebaute Gewerkschaft aufzubauen, was sie in Lateinamerika schon ausprobiert hatten. Die Prinzipien von Türk-Is waren daher schon bei ihrer Gründung festgelegt: „Überparteiliche

Fortsetzung Seite 5

Kurze Anmerkungen zu DISK

und Türk-Is

Gewerkschaft", "Klassenkooperation", "Zusammenarbeit mit der Regierung" und "Staatstreue", so wie sie von dem sog. gelben Gewerkschaftsmodell der USA schon längst bekannt waren.

Daher entstand DISK vom Anfang an als Alternative zu Türk-Is und als direkte Ablehnung der Prinzipien der Türk-Is durch die klassenbewußten Teile der Arbeiterklasse. Die Prinzipien der DISK lauteten im Gegensatz zu Türk-Is: "Klassen- und Massensyndikalismus", "Klassenkampf", "Anti-Imperialismus, Anti-Chauvinismus und Anti-Faschismus"...Bei ihrer Gründung hatte die DISK 30.000 Mitglieder.

Am 15./16. Juni 1970 gab es die größte Aktion von DISK nach ihrer Gründung, die von der revolutionären Jugendorganisation DEV-GENC und den Revolutionären aktiv unterstützt wurde. Die damalige Demirel-Regierung verabschiedete zuvor am 11.6.1970 ein Gesetz, das den Kapitalisten das Aussperrungsrecht gab und die gewerkschaftlichen Rechte einschränkte. Aufgrund dieser Provokation des Staates rief damals die DISK die ArbeiterInnen zum Widerstand auf. Trotz des Verbotes der Demonstration gingen über 100.000 ArbeiterInnen vorwiegend in Istanbul, Izmir und Bursa auf die Straße. Die Regierung gab ihren Sicherheitskräften den Befehl, den "von der Regierung als Aufstand bezeichneten" Widerstand mit Gewalt zu unterdrücken. 3 Arbeiter wurden erschossen, hunderte verletzt. Aber die Gesetzesänderung mußte zurückgenommen werden, womit dies ein Sieg der ArbeiterInnen war. Das war das erste Beispiel von diesem Ausmaß, das auch den in Türk-Is organisierten ArbeiterInnen zeigte, daß sie siegen können, wenn sie nur kämpfen, aber für immer verlieren werden, wenn sie dies nicht tun.

Trotz der Stärke der Arbeiterbewegung konnte der Militärputsch 1971 die Arbeiterklasse und ihre Kampforganisation DISK (sowie die revolutionäre Opposition) unterdrücken. DISK wurde verboten. Erst 1973 gelang es wieder, DISK von neuem zu konstituieren. In der DISK-Führung setzte sich in den folgenden Jahren zunehmend ein reformistischer Kurs durch, der daran festgemacht werden konnte, daß die DISK sich mehr und mehr an der sozialdemokratischen CHP orientierte. Nachdem die Arbeiterklasse bzw. die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung die Niederlage nach dem Putsch 1971 zu überwinden anfangen und immer mehr Kämpfe entbrannten (am 1. Mai 1976 demonstrierten in Istanbul 250.000 Menschen), geriet die Basis der DISK in zunehmenden Widerspruch zur DISK-Führung.

Gerade in den Auseinandersetzungen um die Staatssicherheitsgerichte, die von der Nationalistischen Front-Regierung ins Leben gerufen werden sollten, und im antifaschistischen Kampf gegen die zunehmenden Angriffe der Zivil-Faschisten unter dem Schutze und mit Hilfe des Staates zeigte sich der Widerspruch zwischen dem Großteil der ArbeiterInnen und der reformistischen DISK-Führung, in der CHP'ler (Sozialdemokraten) gemeinsam mit den revisionistischen TKP'lern kooperierten. (Die TKP hoffte auf Zulassung durch eine CHP-Regierung.) Im Kampf gegen die Staatssicherheitsgerichte verhielt sich die DISK der Politik der CHP entsprechend passiv. Erst als aufgrund des Drucks der Basis und der Offensive der Demirel-Regierung klar wurde, daß auch die Aktivitäten der Gewerkschaften gefährdet waren, forderte die DISK-Führung die CHP auf, gegen dieses Gesetz im Parlament Stellung zu beziehen, sonst würde die DISK der CHP die Wahlunterstützung versagen. Am 16.9.1976 begannen über 300.000 ArbeiterInnen mit dem Generalstreik. Polizei und Militärs griffen gemeinsam mit den faschistischen Kommandos der Grauen Wölfe brutal in die Streiks ein. Die Demirel-Regierung ließ darauf die DISK-Führung verhaften. Als sie wieder draußen war, distanzierte sie sich -was die Regierung auch erreichen wollte- vom Generalstreik und meinte, die ArbeiterInnen hätten den Streik auf eigene Faust organisiert. Tausende ArbeiterInnen wurden entlassen. Die DISK-Führung hatte für diese ArbeiterInnen nur eine Erklärung übrig: "Wir sind überzeugt davon, daß die CHP, wenn sie an die Regierung kommt, die entlassenen Arbeiter wieder einstellen wird."

Solche Beispiele für den reformistischen Kurs der DISK und den zunehmenden Widerspruch zwischen ihrer Basis und Führung können vermehrt werden. Sie waren ein Ergebnis der fortschreitenden Sozialdemokratisierung der DISK. Aber auch die revolutionäre Arbeiteropposition in der DISK wuchs zunehmend. Sie war kurz vor dem Putsch sogar in der Führung der DISK (im Vorstand) vertreten.

• • •

Durch die klassenkämpferische Politik der DISK im Gegensatz zu den Parolen von Türk-Is konnte diese ihre Mitgliederzahl kurz vor dem Putsch auf 600.000 und die Zahl der ihr angegliederten Gewerkschaften auf 29 erhöhen.

Daher wurde die DISK nach dem Militärputsch zerschlagen, während die staatskonforme Türk-Is, die sich gegen die IWF-Maßnahmen nicht gewehrt hatte, ins erste Regierungskabinet der Junta einen ihrer Funktionäre als Minister entsandte.

endet. Das eigentliche Ziel, nämlich die Ausschaltung der DISK als eine kämpferische Gewerkschaftskonföderation, wichtige Stütze der demokratischen Volksopposition und als Ausdruck eines effektiven Klassen- und Massensyndikalismus, war erreicht worden. Zu diesem Zeitpunkt wurde der DISK der Massenprozeß gemacht (1981). Aber dies reichte nicht aus. Es mußte auch in der Zukunft verhindert werden, daß revolutionäre Gewerkschaften als Alternative zur staatsstreuen Gewerkschaftskonföderation TÜRKİS überhaupt entstehen konnten. Es durfte in Zukunft keine Gewerkschaften mehr geben, die ihrer ursprünglichen Aufgabe, nämlich Druck- und Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu sein, nachgingen. Um dies zu erreichen, wurden in die Verfassung von 1982 Paragraphen und Formulierungen aufgenommen, deren arbeiterfeindlicher Geruch von weitem zu spüren ist. Es wurde ein neues Gewerkschaftsgesetz, ein Gesetz über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen erlassen.

• Die Gründung von Gewerkschaften wurde drastisch erschwert. Um an der Gründung einer Gewerkschaft mitwirken zu können, darf eine Person nicht verbehaftet sein (eindeutig für die abertausenden Mitglieder der DISK bestimmt, die nach dem Putsch inhaftiert wurden, später aber freigesprochen werden mußten...) und sie muß in dem betreffenden Arbeitszweig mindestens ein Jahr gearbeitet haben. Neue Gewerkschaftskonföderationen oder Betriebsgewerkschaften dürfen nicht gegründet werden etc. etc.

• Funktionär einer Gewerkschaft darf nur jemand sein, der die obigen Voraussetzungen erfüllt und darüber hinaus seit 10 Jahren arbeitet.

• In vielen Sektoren des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens dürfen überhaupt keine Gewerkschaften gegründet oder Streiks durchgeführt werden. Es sind z.B. folgende Sektoren Bergwerke, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Banken, Versicherungen, Feuerwehr, Müllabfuhr, öffentlicher Transport, Betriebe des Verteidigungsministeriums, Krankenhäuser, Schulen... Hunderttausende von ArbeiterInnen sind mit diesem Verbot den wilden Arbeitsbedingungen des Kapitals ausgeliefert.

Es gibt darüberhinaus noch viele andere Regelungen und Verbote, die eine freie Verwirklichung der in den Prinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO definierten gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten (zumindest müßte sich die Türkei daran halten) in der Türkei verhindern, die wir hier nicht alle aufzählen können.

All diese Maßnahmen, Verbote und Einschränkungen gingen mit einer Terror- und Unterdrückungswelle des Staates in allen gesellschaftlichen Bereichen einher. Die Arbeiterklasse sollte entpolitisiert, als ein politischer Faktor aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben verdammt werden. Sie sollte alles hinnehmen, durfte sich für ihre Rechte nicht aktiv einsetzen.

In der Begründung der Verfassung von 1982 heißt es in den die Arbeitswelt betreffenden Paragraphen 51 und 56: "... Der Staat ist nicht Zuschauer der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern, sondern der Vermittler. Der Staat trifft Maßnahmen, die den Arbeitsfrieden schützen. Die Verfassung hat auch andere Maßnahmen des Staates vorgesehen, die Arbeitsfrieden schaffen und die Produktivität erhöhen... Die Anerkennung der Aussperrung als verfassungs-

mäßiges Recht der Arbeitgeber ist das Resultat des Gedankens, Gleichgewicht zu schaffen. Das Verbot der Aussperrung wäre die Entwaffnung der Arbeitgeber, da ihr einziges Kampf- und Verhandlungsmittel damit nicht mehr vorhanden wäre..."

• Während also den Arbeitgebern das Recht zur Aussperrung als Verfassungsauftrag eingeräumt wurde, wurde den ArbeiterInnen in der selben Verfassung das Recht auf Generalstreik verboten. Nicht nur Generalstreik sondern jegliche Aktivität der Gewerkschaften mit politischer Zielsetzung wurde durch die Verfassung verboten. Es heißt in der betreffenden Stelle: "Streiks mit politischer Zielsetzung, Solidaritätsstreiks, Generalstreik, Besetzung des Arbeitsplatzes, Verlangsamung der Produktion, Verlingerung der Produktivität und andere Widerstände dürfen nicht durchgeführt werden..."

○ An einer anderen Stelle unter der Rubrik "Aktivitäten der Gewerkschaften" (Paragraph 52 der Verfassung von 1982) heißt es: "Die Gewerkschaften (...) dürfen keine politischen Ziele verfolgen, keine politischen Aktivitäten entfalten, von politischen Parteien keine Unterstützung erhalten und politische Parteien nicht unterstützen, keine gemeinsamen Aktivitäten mit öffentlichen Berufsorganisationen und Stiftungen oder Vereinen durchführen. (...) Die Gewerkschaften werden vom Staat verwaltungsmäßig und finanziell kontrolliert."

Aber früher und stärker als andere gesellschaftliche Sektoren hat die Arbeiterklasse in großem Maße den Schock des 12. September-Putsches überwunden. Trotz aller Verbote und Unterdrückungsmaßnahmen hatten die herrschenden eines nicht miteingeplant: mehr und intensiver als je zuvor kämpfen heute die ArbeiterInnen für die Zurrückeroberung ihrer beraubten Rechte und für neue. Wenn man heute die vielfältigen Kampfmethoden und die große Beteiligung der ArbeiterInnen an diesen sieht, würde man nicht übertreiben, wenn man sagt, daß der Kampfwille der Arbeiterklasse enorm gestiegen ist.

Tatsache ist aber auch, daß die Arbeiter heute TÜRK-İS unter Druck setzen müssen, damit sie Protestaktionen z.B. gegen Teuerungen und für Lohnerhöhungen zustimmt. Es kann daher generell gesagt werden, daß Türk-Is eine eher hindernde Rolle für den Kampf breiter Teile der Arbeiterklasse einnimmt.

Auf der anderen Seite gibt es heute zwar Anstrengungen zur Bildung einer revolutionär-demokratischen Gewerkschaftskonföderation, allerdings wird die Forderung nach einer solchen noch nicht von breiten Teilen der Arbeiterklasse getragen. Zu viele glauben noch innerhalb und mit Türk-Is ihre Forderungen

EINIGE FORDERUNGEN DER DISK VOR DEM PUTSCH

- Freie Meinungs- und Organisationsfreiheit,
- Weg mit den § 141 und 142,
- Freie Wahl der Gewerkschaften,
- Verbot der Aussperrung,
- Aufhebung der Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Beamten: Gewerkschaften für alle Werktätigen mit Tarifverhandlungen und Streikrecht,
- Wahlrecht für alle StaatsbürgerInnen ab 18 Jahren im In- und Aus-

land, sowie beim Militär, - Arbeitslosenversicherung, - In jeden Betrieb einen Tageskindergarten,

Eine Gewerkschaftskonföderation, die konsequent die Forderungen der Arbeiterklasse vertritt, keine geheimen Machenschaften mit den Arbeitgebern, dem Staat und der Regierung hinter dem Rücken der Arbeiterklasse trifft, die sich zur Erfüllung von ökonomischen und demokratischen Forderungen vor Kämpfen nicht scheut und demokratische Prozeduren in der Gewerkschaft zur größeren Beteiligung der ArbeiterInnen an den Entscheidungen zuläßt, kann aber nur im und aus dem Kampf der Arbeiterklasse entstehen. Daher kann heute schon gesagt werden, daß die Entwicklungen der letzten Jahre und besonders die Kämpfe im April dieses Jahres günstige Bedingungen geschaffen haben, um den Prozeß zur Schaffung einer revolutionär-demokratischen Gewerkschaftskonföderation zu beschleunigen.

Zum Schluß:

An der obengeschilderten Situation der Arbeiterklasse, an den Verbote und Einschränkungen hat sich bis heute nichts geändert. Trotz des internationalen Drucks und dem immer intensiver werdenden Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei bleiben folgende Forderungen nach wie vor unverwirklicht und erfordern den Kampf der ArbeiterInnen und die Solidarität demokratischer, fortschrittlicher und sozialistischer Kräfte aus Europa:

- Aufhebung aller undemokratischen Bestimmungen für Gewerkschaften
- Aufhebung des Verbotes befristeter Streiks oder des Generalstreiks und anderer Protestformen mit politischer Zielsetzung.
- Aufhebung des Rechtes der Regierung, der Gouverneure und Polizeipräsidenten, beschlossene Streiks aufzuschieben oder zu untersagen
- Auflösung des Hohen Schiedsrates und Einführung wirklich freier Tarifverhandlungen
- Aufhebung des Verbotes der DISK
- Anerkennung und Einführung des 1. Mai als internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeit...

Anmerkungen:

Vehbi Koc ist auch der Mitbegründer von TÜSIAD, der Vereinigung der Industriellen und Arbeitgeber der Türkei.

2.) Die beiden reaktionären Konföderationen MISK und HAK-İS wurden verboten, damit die Militärs sich als unabhängig, d.h. gegen links wie rechts, präsentieren konnten. Später wurden die Führer dieser Konföderationen auf freien Fuß gesetzt und ihr Eigentum freigegeben. Die Zahl der Inhaftierten von beiden betrug max. 20. Beide sind inzwischen wieder freigelassen.

3.) Der Hohe Schiedsrat setzt sich zusammen:

- 1 Vorsitzenden
- 4 Mitgliedern aus Ministerien und Wirtschaft,
- 2 Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes,
- 2 Mitgliedern von TÜRK-İS (Funktionäre)

- land, sowie beim Militär,
- Arbeitslosenversicherung,
- In jeden Betrieb einen Tageskindergarten,
- Soziale Versicherungen für alle Werktätigen,
- Änderung der Steuergesetzgebung,
- Erhöhung des Mindestlohnes,
- Keine Steuern bei Mindestlohn,
- Renten für alle arbeitsunfähigen Menschen,
- Völlige Unabhängigkeit der Radio und Fernsehstationen (TRT) und Aufhebung der Zensur bei Filmen,
- Aufhebung aller gesetzlichen Sonderregelungen bei Strafverfahren...

Quelle: Cumhuriyet vom 17.4.77

600.000 ArbeiterInnen in Aktion

Löhne der ArbeiterInnen hinter den galoppierenden Inflationsraten zu rückbleiben, nicht ein. Außerdem wollten sie sich zu den Lohnerhöhungsvorschlägen der Gewerkschaften solange nicht äußern, bis diese ihr Einverständnis mit den Verwaltungsparagraphen in den Tarifverträgen definitiv erklären würden.

Die über 600 000 ArbeiterInnen bekommen zur Zeit durchschnittlich ca. 110.000 TL (etwa 100 DM), und zwar in einem Land, in dem eine einzige Wassermelone 100.000 TL kostet. (Siehe zu den Lebensbedingungen der ArbeiterInnen auch den Artikel 'Armut im Auftrag des IWF' in dieser Nummer). Da die



Gemeinsamer Arztgang der Arbeiterinnen in Izmir

ArbeiterInnen mit diesem Lohn nicht überleben können, mußten sie auf die Haltung der staatlichen Arbeitgeber und der Regierung, die Forderungen der ArbeiterInnen nicht zu beachten, mit einer Welle von Protestaktionen reagieren. Erst auf Druck der ArbeiterInnen mußte Türk-Is auch die Protestmaßnahmen beschließen, da die 600.000 ArbeiterInnen schon seit Monaten auf Ergebnisse warten.

Wie ist der Stand der Tarifverhandlungen?

- 9142 ArbeiterInnen haben Streiks beschlossen.
- Im Namen von 84.826 ArbeiterInnen werden zur Zeit Gespräche mit dem vom Hohen Schiedsrat ernannten Schlichter geführt.
- Für 161.799 ArbeiterInnen wurde ein Schlichter beauftragt.
- 7.698 ArbeiterInnen warten auf die Ernennung eines offiziellen Schlichters durch den Hohen Schiedsrat.
- Die Tarifverhandlungen für 57.217 ArbeiterInnen erreichten die Stufe, wo es keine Eingung erzielt werden kann. Sie stehen auch kurz vor dem Streik.
- In den Tarifgesprächen für 157.067 ArbeiterInnen wurde auch keine Einigung erzielt, diese arbeiten aber auf Sektoren, in denen nicht gestreikt werden darf (auch per Verfassung verboten.)

All diese ArbeiterInnen konnten bisher mit restriktiven Streik- und Gewerkschaftsgesetzen, mit Versprechen der staatstreuen Gewerkschaftskonföderation Türk-Is von Widerstandsaktionen abgehalten werden. Sie lassen sich aber nicht mehr aufhalten, weil -wie ein Arbeiter auf der Demonstration in Istanbul sagte- "das Messer an die Kehle der ArbeiterInnen gesetzt worden ist."

Ministerpräsident Özal, der nach den Kommunalwahlen mit nur noch 22 % der Stimmen regieren muß, und daher viel Kritik der Öffentlichkeit und Oppositionsparteien ausgesetzt ist, erklärt angesichts der berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse: "Leider gibt es einige, die die Arbeiter politisch

beeinflussen. Es gibt für diese Aktionen keinen ökonomischen Grund, weil es den Arbeitern eigentlich gut geht. Dies haben wir auch in der Vergangenheit erlebt..." Wie schon vor den Kommunalwahlen benutzt er dann seine einzige Drohung: "Wenn ihr nicht aufhört, verfallen wir wieder in die Zeit von vor dem Militärputsch. Dann gibt es im Land wieder Bürgerkrieg." Aber nach fast 15 Aktionstagen muß sich auch nun Özal davon überzeugt haben, daß diese Drohung ihre abschreckende Wirkung verloren hat, daß die ArbeiterInnen gewillt sind, Verbesserungen der Löhne sowie die ihnen geraubten gewerkschaftlichen Freiheiten zu erkämpfen. Weil viele der ArbeiterInnen nicht streiken können, entweder Streikverbot haben oder auf langwierige Prozesse warten müssen, bis ein Streik erlaubt wird, brachten sie ihren Protest gegen die Verarmungspolitik der Özal-Regierung in vielfältigen Aktionsformen zum Ausdruck: Z.B. lassen tausende von Arbeitern sich einen Bart wachsen (normaler Weise müssen sie rasiert sein), gehen alle gemeinsam zum Arzt (obwohl dies verboten ist) und machen aus dem Arztbesuch eine machtvolle Demonstration, führen Sitzstreiks durch, bei denen sie rhythmisch und massenweise klatschen, ziehen sich die Schuhe aus und demonstrieren unter dem Regen

mit nackten Füßen und sagen "Özal hat uns nur unsere Schuhe übriggelassen, die dürfen doch nicht auch noch kaputtgehen!", verweigern die Benutzung der Firmenbusse, die die ArbeiterInnen an ihren Arbeitsplatz und wegbringen, und gehen an ihren Arbeitsplatz zu Fuß und abends wieder zu Fuß nach Hause, so daß Demonstrationen von abertausenden ArbeiterInnen entstehen...

Immer wieder werden aber ArbeiterInnen mit den Knüppeln der Spezialeinheiten und der Polizei konfrontiert. Z.B. wollten 3000 ArbeiterInnen in Istanbul/Taskizak eine Demonstration von ihrer Werft aus veranstalten. Özal gibt am selben Tag eine Erklärung ab, in der es heißt: "Wir leben nicht in der Zeit vor dem Militärputsch. Es gibt in diesem Land Polizei, Gesetze und Staatssicherheitskräfte. Wenn sie nicht aufhören (mit Protestaktionen), dann wird die Polizei sie schon dazu bringen, aufzuhören." Und die Polizei marschiert gegen 3000 ArbeiterInnen mit Schlagstöcken und Knüppeln. Es gibt zahlreiche Verletzte.

Aber die Aktionen nehmen kein Ende. Özals Haltung und die Repressionen der Staatssicherheitskräfte dienen nur der Eskalation der Auseinandersetzungen. Die ArbeiterInnen betonen immer wieder, daß sie solange mit den verschiedensten Formen des Protestes fortfahren werden, bis sie ihre Forderungen durchsetzen. Sie kritisieren sogar die Gewerkschaftskonföderation Türk-Is, weil sie hinter dem Rücken der ArbeiterInnen mit Regierungsvertretern Verhandlungen führt und den ArbeiterInnen sagt: "Wartet ab!" Auf der Demonstration, eine unter vielen, am 21. April in Istanbul, an der 6000 ArbeiterInnen teilnahmen, wurden Flugblätter verteilt, in denen stand: "Wir möchten einen Lohn, den uns erlaubt, wie Menschen zu leben. Wir schämen uns, der Öffentlichkeit zu erzählen, daß wir 110-120.000 TL im Monat bekommen. Die Führung der Türk-Is sagt uns aber 'Wartet erstmal ab!' Wir können und werden nicht mehr warten. Keine Kraft wird unsere Einheit spalten..." Zur selben Zeit legen 40.000 ArbeiterInnen für eine Stunde die Arbeit nieder...

Die Aktionen der ArbeiterInnen dauern an. Sie scheinen entschlossen zu sein. Die Regierung ist nach wie vor hartnäckig und läßt sich auf ihre Forderungen nicht ein. Türk-Is wünscht und bemüht sich um einen Kompromiß mit der Regierung, weil sie Angst hat, daß die ArbeiterInnen außer ihrer Kontrolle geraten. Wie die Aktionen ausgehen werden, ist zum Zeitpunkt unseres Erscheinens noch nicht vorauszu- sehen. Eines ist aber sicher und klar: Die ArbeiterInnen handeln nach vielen Jahren der Unterdrückung in dem Bewußtsein, daß sie kämpfen müssen, um zu siegen...

der Gesellschaft und das politische Kräfteverhältnis widerspiegelt. So hat die ANAP nach dem Einbruch bei den Kommunalwahlen eigentlich ihre Regierungsberechtigung verloren und auch die anderen Parteien sind nicht entsprechend ihrer wirklichen Kräfte im Parlament vertreten. In der Öffentlichkeit ist deshalb die Ansicht breit vertreten, daß es zu einer politischen Krise führen kann, wenn dieses Parlament den Staatspräsidenten wählt.

Evren und Demirel (Ex-Ministerpräsident und Vorsitzender der DYP) hingegen möchten, daß der Staatspräsident direkt vom Volk gewählt wird. Ohne Zweifel tun sie dies nicht, weil sie das Volk sehr lieben oder die Entscheidungen des Volkes respektieren, sondern weil dies ein Weg sein könnte, zu verhindern, daß Özal gewählt wird.

Die SHP möchte durch einen Kompromiß im Parlament den Staatspräsidenten wählen. ANAP besteht auf einer Wahl durch das gegenwärtige Parlament.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß, egal aus welchem Blickwinkel betrachtet, die Wahl des Staatspräsidenten und die Zeit davor ernsthafte Probleme für das Monopolkapital und für die politische Legitimation des Regimes bringen werden. Bedenkt man, daß die Staatspräsidentenwahl in der Geschichte der türkischen Republik seit 1920 immer mit Problemen behaftet war und die Wahl in den meisten Fällen auf der Grundlage von Gewalt und Streit innerhalb der konkurrierenden herrschenden Klassen und Schichten erfolgte, läßt sich absehen, daß auch die bevorstehende, Wahl im November 1989 nicht anders verlaufen wird.

Kleine Gewerkschaftsgeschichte der Türkei

Von 1816 - 1845:

Erste Herausbildung einer industriellen Lohnarbeiterschaft (Papier, Leder, Schuh, Textil, Rüstungsbetriebe, Baumwolle, Kohleproduktion)

Um 1845:

Muß es erste Arbeitsniederlegungen gegeben haben und staatliche Sanktionen dagegen.

Nach 1878:

Entstanden erste ArbeiterInnenvereine und Unterstützungskassen.

Ab 1908:

Die Gewerkschaften organisierten landesweite Streiks, Militär wurde gegen die Streikenden eingesetzt; die Gründung von Vereinen und Streiks wurden daraufhin per Gesetz verboten.

1923:

Mit Gründung der Türkischen Republik erneute Aktivierung der Arbeiterschaft.

1925:

Unter Kemal Atatürk wurden Vereine und Streiks wiederum verboten.

1926 - 1928:

Dennoch kam es zu einer Reihe von Streiks um höhere Löhne und Arbeitszeitbegrenzung. Die Massenverhaftungen von führenden Gewerkschaftern und Kommunisten durch die Regierung führte zum vorläufigen Stopp der Streikflut.

1936:

Die Kemalisten führen den 8-Stunden-Tag ein und das Verbot von Wochenendarbeit sowie die Erweiterung der sozialen und ökonomischen Rechte; ein Streikrecht gibt es nicht.

Nach 1946:

Verbot von Gewerkschaften wird von der Inönü-Regierung aufgehoben.

1952:

Gründung des Dachverbandes TÜRK-IS (Vereinigung der türkischen Arbeitergewerkschaften) mit "Hilfe" von Beratern aus den USA, die die Türkei zunehmend in ihre wirtschaftlichen usw. Interessen einbanden. Die meisten lokalen Gewerkschaften schließen sich der Türk-Is an.

Nach 1960/61:

Die neue Verfassung bringt eine 'Demokratisierung' der türkischen Gesellschaft und eine Entwicklung in der Arbeiterbewegung. 150000 Werktätige fordern das Streik- und Tarifvertragsrecht. 2 Jahre später wird das Recht im Gesetz konkretisiert und verankert.

1963:

An der Basis entwickelt sich eine linke Gegenströmung in Türk-Is (vor allem in der Metall-Gewerkschaft). Diese Gruppe gründet die antimperialistische und systemkritische Gewerkschaft DISK. DISK wird von Türk-Is und der Demirel-Regierung bekämpft.

13./ 14. Juni 1970:

DISK führt eine verbotene Demonstration durch, 100.000 Werktätige nehmen trotz Verbots teil. Polizei und Militär schießen auf die Demonstranten, 3 Arbeiter werden getötet, 200 verletzt.

Durch den massiven Widerstand müssen restriktive Gesetze über Gewerkschaftsarbeit zurückgenommen werden.

1977:

Durch die dissonante Vertretung von Arbeiterinteressen bekommt die DISK immer mehr Mitglieder. Die 1. Mai-Kundgebung in Istanbul mit einer Million Menschen wird beschossen, 36 ArbeiterInnen sterben.

1980:

Die DISK prangert die IWF-Forderungen an und beantwortet den massiven Lohnabbau mit zahlreichen Streiks.

Nach dem Putsch wird die DISK verboten. Zahlreiche Funktionäre und Mitglieder werden verhaftet und für einige die Todesstrafe beantragt...

Ein kritisches Jahr für die Türkei

staatstragenden Institutionen anzulegen.

Neben den bisher aufgeführten Faktoren machen auch noch einige andere die Staatspräsidentenwahl kompliziert:

Die Oppositionsparteien und breite Teile der Öffentlichkeit fordern vorgezogene Allgemeinwahlen, weil die jetzige Parlamentszusammensetzung keineswegs wichtige Tendenzen

EIN KRITISCHES JAHR FÜR DIE TÜRKEI

In diesem Jahr wird in der Türkei der Staatspräsident gewählt. Die Amtsperiode von Kenan Evren, der sich zum Staatspräsidenten wählen ließ, als er noch Chef der Junta war, geht im kommenden November zu Ende. Wer an Stelle Evrens kommen soll und wie der Staatspräsident gewählt werden wird, ist noch weitgehend unklar. Die Unklarheit in diesem Thema wurde nach den Kommunalwahlen am 26. März 1989 fast zu einem Geheimnis: Die Staatspräsidentenfrage verkomplizierte sich dadurch noch mehr, daß Ministerpräsident Özal, der als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten in Frage käme, bei den Kommunalwahlen große Stimmenverluste hinnehmen mußte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Türkei, die sich dadurch auszeichnen, daß die Wirtschaftskrise keineswegs überwunden und die politische Stabilität nicht gewährleistet ist, hat die Staatspräsidentenwahl zusammen mit einigen anderen Faktoren das Jahr 1989 für das bestehende System in der Türkei zu einem kritischen Jahr werden lassen.

Eigentlich dürfte es kein Problem geben: Die Verfassung von 1982 bestimmt ganz klar, wie der Staatspräsident zu wählen ist. Danach muß der Staatspräsident vom Parlament gewählt werden. Ein Kandi-

dat, der im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit aber in den folgenden Wahlgängen eine einfache Mehrheit bekommen hat, wird nach der Verfassung zum Staatspräsidenten. Nach der Gesetzeslage kann Özal, Ministerpräsident und Vorsitzender der ANAP (Vaterlandspartei) oder jemand anderes von dieser Partei im November Staatspräsident werden; da die ANAP die absolute Mehrheit im Parlament besitzt. Faktoren wie die Interessen und der Einfluß des Imperialismus in der Türkei, die Tiefe der Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Kräften und der Einfluß dieser Streitigkeiten auf den Staatsapparat, die sekundäre Rolle und Funktion des Parlaments in der hierarchischen Ordnung des Staates und der Form der Fortsetzung der Herrschaft und nicht zuletzt die Tatsache, daß der Stimmenanteil der ANAP bei den letzten Kommunalwahlen stark gefallen ist, sind Hindernisse auf dem Weg Özal's (oder eines Mitglieds der ANAP) zum Staatspräsidenten. Das Thema wird verständlicher, wenn wir diese Faktoren ein wenig ausführen: ● Der bestimmende, aufzwingende Einfluß der USA und der NATO bei der Lösung von politischen, ökonomischen und militärischen Problemen der Türkei ist enorm groß.

Geht es um die Gewährleistung der Stabilität in der Türkei und damit um die Garantie ihrer Interessen und ihrer Präsenz, kümmern sich die imperialistischen Kräfte wenig um Gesetze, Wahlergebnisse u.ä. So interessiert sie bei der Frage der Staatspräsidentenwahl lediglich, daß die politische und ökonomische Ausrichtung, in die die Türkei 1980 gedrückt wurde, fortbesteht. Besonders aus der Sicht der USA wäre es also wünschenswert, daß Evren Staatspräsident bleibt oder eine ihm ähnliche Person das Amt besetzt, weil Özal in den Augen des IWF und der USA eher für den Posten des Ministerpräsidenten geeignet ist. Ideal für sie wäre somit, wenn Evren und Özal in ihren Positionen bleiben. Im Falle von Kenan Evren ist dies jedoch lt. Verfassung nicht möglich, da ein Staatspräsident einmal für eine Amtsperiode von 7 Jahren gewählt werden kann. Özal hingegen plant, einen ANAP'ler zum Staatspräsidenten wählen zu lassen. Er stützt sich dabei auf seine Stärke im Parlament. ● Das Monopolkapital, das nach dem Putsch völlig über den Staat und alle ökonomischen Prozesse herrscht, möchte parallel zu den Forderungen des Imperialismus, eine Person als Staatspräsidenten, die von den Parteien unabhängig und auf Gleichgewicht bedacht ist,

Ihr' Staatspräsident sollte 'Kemalist' sein und 'gegen das Schariatum' (islam. Recht). Er sollte gegenüber den Forderungen der Gesellschaft verschlossen sein und über das Gewicht und das Ansehen verfügen, den Staat repräsentieren zu können. Außerdem müßte er die Fortsetzung der Maßnahmen des 12. September gewährleisten. Diese Kriterien passen neben Kenan Evren auch auf die anderen Putschisten oder Personen wie den gegenwärtigen Generalkommandanten der Streitkräfte.

Für das Amt des Ministerpräsidenten ist aus der Sicht der Monopolkapitalisten auch Özal der geeignetste Mann. Ein Antritt Özal's für den Staatspräsidentenposten wäre schon deswegen gegen ihr Interesse, weil dadurch die Zukunft der ANAP gefährdet wäre. Die Wahrscheinlichkeit wäre dann groß, daß die Partei entweder aufgelöst würde oder aber vollends unter die Kontrolle der Scharia-Anhängergerechte.

● Die Institutionen und sog. 'Räte' (Armee, Nationaler Sicherheitsrat, Staatspräsidentenrat, Hochschulrat,

Staatskontrollrat usw.), deren Status in der Hierarchie des Systems wesentlich höher liegt als der des Parlamentes, haben bei der Bestimmung der Kandidaten für die Staatspräsidentenwahl ein gewichtiges Wort mitzureden. Diese Kräfte, größtenteils stehen sie unter der Kontrolle Evrens, wünschen sich einen Mann, der der Staatstradition treu ist, sich also auf diese Kräfte stützt. Ihr Einfluß auf die Staatspräsidentenwahl wird stark sein.

● Die Chance Özals, Staatspräsident zu werden ist nach den Kommunalwahlen am 26. März enorm gering, obwohl nach den Gesetzen kein Hindernis besteht. Da aber der Stimmenanteil der ANAP auf 22% gesunken ist, wird zur Zeit diskutiert, warum die ANAP überhaupt an der Regierung ist.

Läßt sich Özal trotzdem als Kandidat aufstellen, bedeutet dies ein Risiko für das gesamte System. Unklar ist auch, ob Monopolkapital und USA dies erlauben würden und ob Özal den Mut hätte, sich mit den
Weiter Seite 6

“ES GEHT NUR ZUSAMMEN...”

Der Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand in den Gefängnissen dieses Landes dauert weiter an. Ihre berechtigten Forderungen werden von immer mehr Menschen verstanden, der Widerstand hat sich das "Aufbrechen der Isolation" zueigen gemacht. Von Gewerkschaften bis zur DKP gestreute Kreise fordern die Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen -jetzt! Jeden Tag bekommen die in mittlerweile in jeder Stadt eröffneten Hungerstreikbüros zahlreiche Solidaritätsadressen, davon viele aus dem Ausland, wie z.B. aus der Türkei, wo der Versuch der Vernichtung von Widerstand in den Kerkern eine große gemeinsame Erfahrung ist. In der BRD gibt es Gefangene, die seit 18 Jahren in den Isolationstrakten sitzen, manche von ihnen weisen bleibende Schäden physischer und psychischer Art auf, mindestens zwei von ihnen sind haftunfähig. Es

gibt keinen anderen Staat, der die Oppositionellen in seinem Land mit derartiger Beharrlichkeit und ohne ihnen als politische Gefangene auch nur einen Fußbreit Zugeständnisse zu machen, unter den vernichtenden Bedingungen der "weisen Folter", der Isolation hält. "Die Unterdrückten müssen denjenigen, die revolutionäre Politik machen, folgen können." (Zitat aus einem Brief aus Stammheim) (1) Durch die wachsende unterstützende und aktive Öffentlichkeit zusammen mit der Vermittlungsbereitschaft der Hungerstreikenden droht der Hungerstreik den Herrschenden hier zu einem politischen Fiasko zu werden, wenn sie von ihrer Betonlinie nicht abweichen. Bis jetzt gab es keine ernstzunehmenden Angebote.

Zusammenlegung jetzt!

Anmerkung:

1.) In Stammheim haben auch zwei kurdische Gefangene, die im Zusammenhang mit der Verhaftung von 13 Kurden im März 1988 dort einsitzen, den Hungerstreik erneut angefangen. Gegen sie wird ein aufwendiger Prozeß wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" geführt.

Solidaritätsgruß aus dem Gefängnis Ankara

Wir haben erfahren, daß die politischen Gefangenen in BRD-Gefängnissen im Hungerstreik sind. Es wird öfter über die Menschenrechtsverletzungen berichtet. Aber wir wissen, daß auch in den Metropolen die Unterdrückung der politischen Gefangenen mit verschiedenen Methoden durchgeführt wird. Wo Unterdrückung herrscht, da wächst auch Widerstand. Wir politischen Gefangenen sind solidarisch mit euren gerechten Forderungen. Euer Widerstand ist ein Teil von unserem Kampf... Freiheit für alle politischen Gefangenen! Wir wünschen Euch viel Kraft: Eure Würde ist auch unsere Würde. Hoch die Internationale Solidarität! Politische Gefangene aus Ankara

Anfang Titelseite

Aktionen zum Internationalen Frauentag in der Türkei

in Hand für die Befreiung der Frauen', 'Es ist unsere Arbeit, Es ist unser Körper, es ist unsere Identität, Frauen solidarisiert euch'.

Am Ende des Demo-Zuges gingen auch Männer mit, die so ihre Solidarität mit den Forderungen der Frauen ausdrückten. Die Demonstration wurde von massiven Polizeikräften beobachtet. Diese filmten die protestierenden Frauen mit Video-Kameras. Auf der Kundgebung sprach je eine Vertreterin der oben aufgeführten Organisationen. Ausserdem hielt eine unorganisierte Frau und eine Kurdin, die über die Situation der kurdischen Frauen berichtete, eine Rede.

Nach den Aktionen gab es verstärkte Diskussionen zwischen und in den Frauengruppen, da es zur Befreiung der Frau verschiedene Vorstellungen und Ansätze gibt.

In der Geschichte der Türkei gab es zum internationalen Frauentag das Erstmal eine Demonstration, die von sehr breiten und verschiedenen Kreisen getragen wurde.

Diese mutigen Schritte, die die Frauen in der Türkei gehen, indem sie die ständig gegen sie gerichtete doppelte und dreifache Gewalt und Unterdrückung aufbrechen und ihre Forderungen auf die Strasse tragen, haben spätestens seit der Kampagne gegen das Schlagen von Frauen im Jahr 1987 in Presse und türkischen Kaffehäusern für große Aufregung gesorgt.

Der Militärregierung in Zivil fiel u.a. nichts besseres ein, als das Buch von Duygu Asena 'Die Frau hat keinen Namen', welches offen die Beziehungen (und vermeintliche Befreiung) einer Frau zu verschiedenen Männern beschreibt, zu verbieten. Es war eines der meist verkauften Bücher. Unter gegebenen Bedingungen des 12. September Regimes mit seinen halbfeudalen Strukturen, patriarchalischem Charakter braucht die Frauenbewegung eine grosse Öffentlichkeit als Schutz und zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Viele wissen von ihrer Situation sehr genau, es fehlt ihnen nicht an Kraft, die sie schon längst entwickelt haben, um des täglichen Überlebens willens. Das Bewußtsein der gemeinsamen Kraft werden wir erfahren.



'Es ist unser Körper, es ist unsere Identität, Frauen solidarisiert Euch!'

WOCHENENDSEMINAR

In diesem Zusammenhang laden wir alle FreundInnen am 17./18. Juni 1989 ein, wo wir wegen des absoluten Informationsdefizits über die Situation der Frauen in der Türkei berichten wollen über ihre Geschichte und Politisierung. Der Platz der Frauen in den revolutionären Bewegungen soll beschrieben sowie die Frage ihrer Organisierung diskutiert werden. So geht es auch um die spezielle Situation von Revolutionärinnen unter der faschistischen Diktatur, wie sie sich vor allem in den Gefängnissen zeigt. Über den aktuellen Stand der verschiedenen Frauenorganisationen und ihrer Diskussionsansätze gibt es Berichte. Dieses Seminar wird von einer türkischen Freundin, die sich auf die Geschichte der Frauenbewegung in der Türkei spezialisiert hat, von einer anderen Freundin, die selbst als politische Gefangene im Gefängnis war und ausserdem von einer Frau, die sich in der Türkei direkt über den aktuellen Stand der Frauenorganisation informiert hat, vorbereitet.

Veranstaltungsort: Jugendherberge, Siegesstr. 5a, 5000 Köln-Deutz

TeilnehmerInnenbeitrag: 15,- DM mit Essen und Übernachtung. Fahrtkosten können leider nicht erstattet werden.

VeranstalterIn: AKE in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Türkei Information

Datum: 17./18. Juni 1989

Anmeldung: Türkei Information, Postf. 910843, D-3000 Hannover 1, Tel: 0511-2102007, bitte bis zum 10. Juni

Die Forderungen der Gefangenen sind legitim

Solidaritätsbotschaft von TAYAD

Wir als TAYAD, dem Hilfsverein für Familien von Verurteilten und Gefangenen in der Türkei, begrüßen Euch alle und senden unsere tiefste Solidarität an Euch. Wir wissen schon, was 18 Jahre Isolation und Gefangenschaft heißen. In unserem Land sind tausende von politischen Gefangenen seit Jahren, auch vor dem Militärputsch 1980, in den Gefängnissen. (...) Trotz Unterdrückung, Festnahmen und polizeilicher Bedrohung und ständige Observierungen werden wir unseren Kampf für die Freiheit aller Gefangenen in der Türkei und unsere Solidarität mit Euch fortsetzen. Die Menschenwürde wird die Folter besiegen! Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen! Hoch die internationale Solidarität! Solidarische Grüße von TAYAD Istanbul

EIN KRITISCHES JAHR FÜR DIE TÜRKEI

In diesem Jahr wird in der Türkei der Staatspräsident gewählt. Die Amtsperiode von Kenan Evren, der sich zum Staatspräsidenten wählen ließ, als er noch Chef der Junta war, geht im kommenden November zu Ende. Wer an Stelle Evrens kommen soll und wie der Staatspräsident gewählt werden wird, ist noch weitgehend unklar. Die Unklarheit in diesem Thema wurde nach den Kommunalwahlen am 26. März 1989 fast zu einem Geheimnis: Die Staatspräsidentenfrage verkomplizierte sich dadurch noch mehr, daß Ministerpräsident Özal, der als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten in Frage käme, bei den Kommunalwahlen große Stimmenverluste hinnehmen mußte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Türkei, die sich dadurch auszeichnen, daß die Wirtschaftskrise keineswegs überwunden und die politische Stabilität nicht gewährleistet ist, hat die Staatspräsidentenwahl zusammen mit einigen anderen Faktoren das Jahr 1989 für das bestehende System in der Türkei zu einem kritischen Jahr werden lassen.

Eigentlich dürfte es kein Problem geben: Die Verfassung von 1982 bestimmt ganz klar, wie der Staatspräsident zu wählen ist. Danach muß der Staatspräsident vom Parlament gewählt werden. Ein Kandi-

dat, der im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit aber in den folgenden Wahlgängen eine einfache Mehrheit bekommen hat, wird nach der Verfassung zum Staatspräsidenten. Nach der Gesetzeslage kann Özal, Ministerpräsident und Vorsitzender der ANAP (Vaterlandspartei) oder jemand anderes von dieser Partei im November Staatspräsident werden; da die ANAP die absolute Mehrheit im Parlament besitzt. Faktoren wie die Interessen und der Einfluß des Imperialismus in der Türkei, die Tiefe der Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Kräften und der Einfluß dieser Streitigkeiten auf den Staatsapparat, die sekundäre Rolle und Funktion des Parlaments in der hierarchischen Ordnung des Staates und der Form der Fortsetzung der Herrschaft und nicht zuletzt die Tatsache, daß der Stimmenanteil der ANAP bei den letzten Kommunalwahlen stark gefallen ist, sind Hindernisse auf dem Weg Özal's (oder eines Mitglieds der ANAP) zum Staatspräsidenten. Das Thema wird verständlicher, wenn wir diese Faktoren ein wenig ausführen: ● Der bestimmende, aufzwingende Einfluß der USA und der NATO bei der Lösung von politischen, ökonomischen und militärischen Problemen der Türkei ist enorm groß.

Geht es um die Gewährleistung der Stabilität in der Türkei und damit um die Garantie ihrer Interessen und ihrer Präsenz, kümmern sich die imperialistischen Kräfte wenig um Gesetze, Wahlergebnisse u.ä. So interessiert sie bei der Frage der Staatspräsidentenwahl lediglich, daß die politische und ökonomische Ausrichtung, in die die Türkei 1980 gedrückt wurde, fortbesteht. Besonders aus der Sicht der USA wäre es also wünschenswert, daß Evren Staatspräsident bleibt oder eine ihm ähnliche Person das Amt besetzt, weil Özal in den Augen des IWF und der USA eher für den Posten des Ministerpräsidenten geeignet ist. Ideal für sie wäre somit, wenn Evren und Özal in ihren Positionen bleiben. Im Falle von Kenan Evren ist dies jedoch lt. Verfassung nicht möglich, da ein Staatspräsident einmal für eine Amtsperiode von 7 Jahren gewählt werden kann. Özal hingegen plant, einen ANAP'ler zum Staatspräsidenten wählen zu lassen. Er stützt sich dabei auf seine Stärke im Parlament. ● Das Monopolkapital, das nach dem Putsch völlig über den Staat und alle ökonomischen Prozesse herrscht, möchte parallel zu den Forderungen des Imperialismus, eine Person als Staatspräsidenten, die von den Parteien unabhängig und auf Gleichgewicht bedacht ist.

Ihr' Staatspräsident sollte 'Kemalist' sein und 'gegen das Schariatum' (islam. Recht). Er sollte gegenüber den Forderungen der Gesellschaft verschlossen sein und über das Gewicht und das Ansehen verfügen, den Staat repräsentieren zu können. Außerdem müßte er die Fortsetzung der Maßnahmen des 12. September gewährleisten. Diese Kriterien passen neben Kenan Evren auch auf die anderen Putschisten oder Personen wie den gegenwärtigen Generalkommandanten der Streitkräfte.

Für das Amt des Ministerpräsidenten ist aus der Sicht der Monopolkapitalisten auch Özal der geeignetste Mann. Ein Antritt Özal's für den Staatspräsidentenposten wäre schon deswegen gegen ihr Interesse, weil dadurch die Zukunft der ANAP gefährdet wäre. Die Wahrscheinlichkeit wäre dann groß, daß die Partei entweder aufgelöst würde oder aber vollends unter die Kontrolle der Scharia-Anhänger geräte.

● Die Institutionen und sog. 'Räte' (Armee, Nationaler Sicherheitsrat Staatspräsidentenrat, Hochschulrat,

Staatskontrollrat usw.), deren Status in der Hierarchie des Systems wesentlich höher liegt als der des Parlamentes, haben bei der Bestimmung der Kandidaten für die Staatspräsidentenwahl ein gewichtiges Wort mitzureden. Diese Kräfte, größtenteils stehen sie unter der Kontrolle Evrens, wünschen sich einen Mann, der der Staatstradition treu ist, sich also auf diese Kräfte stützt. Ihr Einfluß auf die Staatspräsidentenwahl wird stark sein.

● Die Chance Özals, Staatspräsident zu werden ist nach den Kommunalwahlen am 26. März enorm gering, obwohl nach den Gesetzen kein Hindernis besteht. Da aber der Stimmenanteil der ANAP auf 22% gesunken ist, wird zur Zeit diskutiert, warum die ANAP überhaupt an der Regierung ist.

Läßt sich Özal trotzdem als Kandidat aufstellen, bedeutet dies ein Risiko für das gesamte System. Unklar ist auch, ob Monopolkapital und USA dies erlauben würden und ob Özal den Mut hätte, sich mit den

Weiter Seite 6

"ES GEHT NUR ZUSAMMEN.."

Der Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand in den Gefängnissen dieses Landes dauert weiter an. Ihre berechtigten Forderungen werden von immer mehr Menschen verstanden, der Widerstand hat sich das "Aufbrechen der Isolation" zueigen gemacht.

Von Gewerkschaften bis zur DKP gestreute Kreise fordern die Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen -jetzt! Jeden Tag bekommen die in mittlerweile in jeder Stadt eröffneten Hungerstreikbüros zahlreiche Solidaritätsadressen, davon viele aus dem Ausland, wie z.B. aus der Türkei, wo der Versuch der Vernichtung von Widerstand in den Kerkern eine große gemeinsame Erfahrung ist. In der BRD gibt es Gefangene, die seit 18 Jahren in den Isolationstrakten sitzen, manche von ihnen weisen bleibende Schäden physischer und psychischer Art auf, mindestens zwei von ihnen sind haftunfähig. Es

gibt keinen anderen Staat, der die Oppositionellen in seinem Land mit derartiger Beharrlichkeit und ohne ihnen als politische Gefangene auch nur einen Fußbreit Zugeständnisse zu machen, unter den vernichtenden Bedingungen der "weisen Folter", der Isolation hält.

"Die Unterdrückten müssen denjenigen, die revolutionäre Politik machen, folgen können." (Zitat aus einem Brief aus Stammheim) (1) Durch die wachsende unterstützende und aktive Öffentlichkeit zusammen mit der Vermittlungsberaterschaft der Hungerstreikenden droht der Hungerstreik den Herrschenden hier zu einem politischen Fiasko zu werden, wenn sie von ihrer Betonlinie nicht abweichen. Bis jetzt gab es keine ernstzunehmenden Angebote.

Zusammenlegung jetzt!

Anmerkung:

1.) In Stammheim haben auch zwei kurdische Gefangene, die im Zusammenhang mit der Verhaftung von 13 Kurden im März 1988 dort einsitzen, den Hungerstreik erneut angefangen. Gegen sie wird ein aufwendiger Prozeß wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" geführt.

Solidaritätsgruß aus dem Gefängnis Ankara

Wir haben erfahren, daß die politischen Gefangenen in BRD-Gefängnissen im Hungerstreik sind. Es wird öfter über die Menschenrechtsverletzungen berichtet. Aber wir wissen, daß auch in den Metropolen die Unterdrückung der politischen Gefangenen mit verschiedenen Methoden durchgeführt wird. Wo Unterdrückung herrscht, da wächst auch Widerstand. Wir politischen Gefangenen sind solidarisch mit euren gerechten Forderungen. Euer Widerstand ist ein Teil von unserem Kampf... Freiheit für alle politischen Gefangenen! Wir wünschen Euch viel Kraft: Eure Würde ist auch unsere Würde. Hoch die Internationale Solidarität! Politische Gefangene aus Ankara

Anfang Titelseite

Aktionen zum Internationalen Frauentag in der Türkei

in Hand für die Befreiung der Frauen', 'Es ist unsere Arbeit, Es ist unser Körper, es ist unsere Identität, Frauen solidarisiert euch'.

Am Ende des Demo-Zuges gingen auch Männer mit, die so ihre Solidarität mit den Forderungen der Frauen ausdrückten.

Die Demonstration wurde von massiven Polizeikräften beobachtet. Diese filmten die protestierenden Frauen mit Video-Kameras.

Auf der Kundgebung sprach je eine Vertreterin der oben aufgeführten Organisationen. Ausserdem hielt eine unorganisierte Frau und eine Kurdin, die über die Situation der kurdischen Frauen berichtete, eine Rede.

Nach den Aktionen gab es verstärkte Diskussionen zwischen und in den Frauengruppen, da es zur Befreiung der Frau verschiedene Vorstellungen und Ansätze gibt.

In der Geschichte der Türkei gab es zum internationalen Frauentag das Erstemal eine Demonstration, die von sehr breiten und verschiedenen Kreisen getragen wurde.

Diese mutigen Schritte, die die Frauen in der Türkei gehen, indem sie die ständig gegen sie gerichtete doppelte und dreifache Gewalt und Unterdrückung aufbrechen und ihre Forderungen auf die Strasse tragen, haben spätestens seit der Kampagne gegen das Schlagen von Frauen im Jahr 1987 in Presse und türkischen Kaffehäusern für große Aufregung gesorgt.

Der Militärregierung in Zivil fiel u.a. nichts besseres ein, als das Buch von Duygu Asena 'Die Frau hat keinen Namen', welches offen die Beziehungen (und vermeintliche Befreiung) einer Frau zu verschiedenen Männern beschreibt, zu verbieten. Es war eines der meist verkauften Bücher.

Unter gegebenen Bedingungen des 12. September Regimes mit seinen halbfeudalen Strukturen, patriarchalischem Charakter braucht die Frauenbewegung eine grosse Öffentlichkeit als Schutz und zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Viele wissen von ihrer Situation sehr genau, es fehlt ihnen nicht an Kraft, die sie schon längst entwickelt haben, um des täglichen Überlebens willens. Das Bewußtsein der gemeinsamen Kraft werden wir erfahren.



'Es ist unser Körper, es ist unsere Identität, Frauen solidarisiert Euch!'

WOCHENENDSEMINAR

In diesem Zusammenhang laden wir alle FreundInnen am 17./18. Juni 1989 ein, wo wir wegen des absoluten Informationsdefizits über die Situation der Frauen in der Türkei berichten wollen über ihre Geschichte und Politisierung. Der Platz der Frauen in den revolutionären Bewegungen soll beschrieben sowie die Frage ihrer Organisierung diskutiert werden. So geht es auch um die spezielle Situation von Revolutionärinnen unter der faschistischen Diktatur, wie sie sich vor allem in den Gefängnissen zeigt. Über den aktuellen Stand der verschiedenen Frauenorganisationen und ihrer Diskussionsansätze gibt es Berichte. Dieses Seminar wird von einer türkischen Freundin, die sich auf die Geschichte der Frauenbewegung in der Türkei spezialisiert hat, von einer anderen Freundin, die selbst als politische Gefangene im Gefängnis war und ausserdem von einer Frau, die sich in der Türkei direkt über den aktuellen Stand der Frauenorganisation informiert hat, vorbereitet.

Veranstaltungsort: Jugendherberge, Siegesstr. 5a, 5000 Köln-Deutz

TeilnehmerInnenbeitrag: 15,- DM mit Essen und Übernachtung. Fahrtkosten können leider nicht erstattet werden.

VeranstalterIn: AKE in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Türkei Information

Datum: 17./18. Juni 1989

Anmeldung:

Türkei Information, Postf. 910843, D-3000 Hannover 1, Tel: 0511-2102007, bitte bis zum 10. Juni

EIN KRITISCHES JAHR FÜR DIE TÜRKEI

In diesem Jahr wird in der Türkei der Staatspräsident gewählt. Die Amtsperiode von Kenan Evren, der sich zum Staatspräsidenten wählen ließ, als er noch Chef der Junta war, geht im kommenden November zu Ende. Wer an Stelle Evrens kommen soll und wie der Staatspräsident gewählt werden wird, ist noch weitgehend unklar. Die Unklarheit in diesem Thema wurde nach den Kommunalwahlen am 26. März 1989 fast zu einem Geheimnis: Die Staatspräsidentenfrage verkomplizierte sich dadurch noch mehr, daß Ministerpräsident Özal, der als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten in Frage käme, bei den Kommunalwahlen große Stimmenverluste hinnehmen mußte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Türkei, die sich dadurch auszeichnen, daß die Wirtschaftskrise keineswegs überwunden und die politische Stabilität nicht gewährleistet ist, hat die Staatspräsidentenwahl zusammen mit einigen anderen Faktoren das Jahr 1989 für das bestehende System in der Türkei zu einem kritischen Jahr werden lassen.

Eigentlich dürfte es kein Problem geben: Die Verfassung von 1982 bestimmt ganz klar, wie der Staatspräsident zu wählen ist. Danach muß der Staatspräsident vom Parlament gewählt werden. Ein Kandi-

dat, der im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit aber in den folgenden Wahlgängen eine einfache Mehrheit bekommen hat, wird nach der Verfassung zum Staatspräsidenten.

Nach der Gesetzeslage kann Özal, Ministerpräsident und Vorsitzender der ANAP (Vaterlandspartei) oder jemand anderes von dieser Partei im November Staatspräsident werden; da die ANAP die absolute Mehrheit im Parlament besitzt.

Faktoren wie die Interessen und der Einfluß des Imperialismus in der Türkei, die Tiefe der Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Kräften und der Einfluß dieser Streitigkeiten auf den Staatsapparat, die sekundäre Rolle und Funktion des Parlaments in der hierarchischen Ordnung des Staates und der Form der Fortsetzung der Herrschaft und nicht zuletzt die Tatsache, daß der Stimmenanteil der ANAP bei den letzten Kommunalwahlen stark gefallen ist, sind Hindernisse auf dem Weg Özal's (oder eines Mitglieds der ANAP) zum Staatspräsidenten.

Das Thema wird verständlicher, wenn wir diese Faktoren ein wenig ausführen:

● Der bestimmende, aufzwingende Einfluß der USA und der NATO bei der Lösung von politischen, ökonomischen und militärischen Problemen der Türkei ist enorm groß.

Geht es um die Gewährleistung der Stabilität in der Türkei und damit um die Garantie ihrer Interessen und ihrer Präsenz, kümmern sich die imperialistischen Kräfte wenig um Gesetze, Wahlergebnisse u.ä. So interessiert sie bei der Frage der Staatspräsidentenwahl lediglich, daß die politische und ökonomische Ausrichtung, in die die Türkei 1980 gedrückt wurde, fortbesteht. Besonders aus der Sicht der USA wäre es also wünschenswert, daß Evren Staatspräsident bleibt oder eine ihm ähnliche Person das Amt besetzt, weil Özal in den Augen des IWF und der USA eher für den Posten des Ministerpräsidenten geeignet ist. Ideal für sie wäre somit, wenn Evren und Özal in ihren Positionen bleiben. Im Falle von Kenan Evren ist dies jedoch lt. Verfassung nicht möglich, da ein Staatspräsident einmal für eine Amtsperiode von 7 Jahren gewählt werden kann. Özal hingegen plant, einen ANAP'ler zum Staatspräsidenten wählen zu lassen. Er stützt sich dabei auf seine Stärke im Parlament.

● Das Monopolkapital, das nach dem Putsch völlig über den Staat und alle ökonomischen Prozesse herrscht, möchte parallel zu den Forderungen des Imperialismus, eine Person als Staatspräsidenten, die von den Parteien unabhängig und auf Gleichgewicht bedacht ist.

Ihr Staatspräsident sollte 'Kemalist' sein und 'gegen das Schariatum' (islam. Recht). Er sollte gegenüber den Forderungen der Gesellschaft verschlossen sein und über das Gewicht und das Ansehen verfügen, den Staat repräsentieren zu können. Außerdem müßte er die Fortsetzung der Maßnahmen des 12. September gewährleisten. Diese Kriterien passen neben Kenan Evren auch auf die anderen Putschisten oder Personen wie den gegenwärtigen Generalkommandanten der Streitkräfte.

Für das Amt des Ministerpräsidenten ist aus der Sicht der Monopolkapitalisten auch Özal der geeignetste Mann. Ein Antritt Özal's für den Staatspräsidentenposten wäre schon deswegen gegen ihr Interesse, weil dadurch die Zukunft der ANAP gefährdet wäre. Die Wahrscheinlichkeit wäre dann groß, daß die Partei entweder aufgelöst würde oder aber vollends unter die Kontrolle der Scharia-Anhänger geräte.

● Die Institutionen und sog. 'Räte' (Armee, Nationaler Sicherheitsrat Staatspräsidentenrat, Hochschulrat,

Staatskontrollrat usw.), deren Status in der Hierarchie des Systems wesentlich höher liegt als der des Parlamentes, haben bei der Bestimmung der Kandidaten für die Staatspräsidentenwahl ein gewichtiges Wort mitzureden. Diese Kräfte, größtenteils stehen sie unter der Kontrolle Evrens, wünschen sich einen Mann, der der Staatstradition treu ist, sich also auf diese Kräfte stützt. Ihr Einfluß auf die Staatspräsidentenwahl wird stark sein.

● Die Chance Özals, Staatspräsident zu werden ist nach den Kommunalwahlen am 26. März enorm gering, obwohl nach den Gesetzen kein Hindernis besteht. Da aber der Stimmenanteil der ANAP auf 22% gesunken ist, wird zur Zeit diskutiert, warum die ANAP überhaupt an der Regierung ist.

Läßt sich Özal trotzdem als Kandidat aufstellen, bedeutet dies ein Risiko für das gesamte System. Unklar ist auch, ob Monopolkapital und USA dies erlauben würden und ob Özal den Mut hätte, sich mit den

Weiter Seite 6

“ES GEHT NUR ZUSAMMEN...”

Der Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand in den Gefängnissen dieses Landes dauert weiter an. Ihre berechtigten Forderungen werden von immer mehr Menschen verstanden, der Widerstand hat sich das "Aufbrechen der Isolation" zueigen gemacht.

Von Gewerkschaften bis zur DKP gestreute Kreise fordern die Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen -jetzt! Jeden Tag bekommen die in mittlerweile in jeder Stadt eröffneten Hungerstreikbüros zahlreiche Solidaritätsadressen, davon viele aus dem Ausland, wie z.B. aus der Türkei, wo der Versuch der Vernichtung von Widerstand in den Kerkern eine große gemeinsame Erfahrung ist. In der BRD gibt es Gefangene, die seit 18 Jahren in den Isolationstrakten sitzen, manche von ihnen weisen bleibende Schäden physischer und psychischer Art auf, mindestens zwei von ihnen sind haftunfähig. Es

gibt keinen anderen Staat, der die Oppositionellen in seinem Land mit derartiger Beharrlichkeit und ohne ihnen als politische Gefangene auch nur einen Fußbreit Zugeständnisse zu machen, unter den vernichtenden Bedingungen der "weisen Folter", der Isolation hält.

"Die Unterdrückten müssen denjenigen, die revolutionäre Politik machen, folgen können." (Zitat aus einem Brief aus Stammheim) (1) Durch die wachsende unterstützende und aktive Öffentlichkeit zusammen mit der Vermittlungsberaterschaft der Hungerstreikenden droht der Hungerstreik den Herrschenden hier zu einem politischen Fiasko zu werden, wenn sie von ihrer Betonlinie nicht abweichen. Bis jetzt gab es keine ernstzunehmenden Angebote.

Zusammenlegung jetzt!

Anmerkung:

1.) In Stammheim haben auch zwei kurdische Gefangene, die im Zusammenhang mit der Verhaftung von 13 Kurden im März 1988 dort einsitzen, den Hungerstreik erneut angefangen. Gegen sie wird ein aufwendiger Prozeß wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" geführt.

Solidaritätsgruß aus dem Gefängnis Ankara

Wir haben erfahren, daß die politischen Gefangenen in BRD-Gefängnissen im Hungerstreik sind. Es wird öfter über die Menschenrechtsverletzungen berichtet. Aber wir wissen, daß auch in den Metropolen die Unterdrückung der politischen Gefangenen mit verschiedenen Methoden durchgeführt wird. Wo Unterdrückung herrscht, da wächst auch Widerstand. Wir politischen Gefangenen sind solidarisch mit euren gerechten Forderungen. Euer Widerstand ist ein Teil von unserem Kampf... Freiheit für alle politischen Gefangenen! Wir wünschen Euch viel Kraft: Eure Würde ist auch unsere Würde. Hoch die Internationale Solidarität! Politische Gefangene aus Ankara

Die Forderungen der Gefangenen sind legitim

Solidaritätsbotschaft von TAYAD

Wir als TAYAD, dem Hilfsverein für Familien von Verurteilten und Gefangenen in der Türkei, begrüßen Euch alle und senden unsere tiefste Solidarität an Euch. Wir wissen schon, was 18 Jahre Isolation und Gefangenschaft heißen. In unserem Land sind tausende von politischen Gefangenen seit Jahren, auch vor dem Militärputsch 1980, in den Gefängnissen. (...) Trotz Unterdrückung, Festnahmen und polizeilicher Bedrohung und ständige Observierungen werden wir unseren Kampf für die Freiheit aller Gefangenen in der Türkei und unsere Solidarität mit Euch fortsetzen. Die Menschenwürde wird die Folter besiegen! Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen! Hoch die internationale Solidarität! Solidarische Grüße von TAYAD Istanbul

Anfang Titelseite

Aktionen zum Internationalen Frauentag in der Türkei

in Hand für die Befreiung der Frauen', 'Es ist unsere Arbeit, Es ist unser Körper, es ist unsere Identität, Frauen solidarisiert euch'.

Am Ende des Demo-Zuges gingen auch Männer mit, die so ihre Solidarität mit den Forderungen der Frauen ausdrückten.

Die Demonstration wurde von massiven Polizeikräften beobachtet. Diese filmten die protestierenden Frauen mit Video-Kameras.

Auf der Kundgebung sprach je eine Vertreterin der oben aufgeführten Organisationen. Ausserdem hielt eine unorganisierte Frau und eine Kurdin, die über die Situation der kurdischen Frauen berichtete, eine Rede.

Nach den Aktionen gab es verstärkte Diskussionen zwischen und in den Frauengruppen, da es zur Befreiung der Frau verschiedene Vorstellungen und Ansätze gibt.

In der Geschichte der Türkei gab es zum internationalen Frauentag das Erstemal eine Demonstration, die von sehr breiten und verschiedenen Kreisen getragen wurde.

Diese mutigen Schritte, die die Frauen in der Türkei gehen, indem sie die ständig gegen sie gerichtete doppelte und dreifache Gewalt und Unterdrückung aufbrechen und ihre Forderungen auf die Strasse tragen, haben spätestens seit der Kampagne gegen das Schlagen von Frauen im Jahr 1987 in Presse und türkischen Kaffehäusern für große Aufregung gesorgt.

Der Militärregierung in Zivil fiel u.a. nichts besseres ein, als das Buch von Duygu Asena 'Die Frau hat keinen Namen', welches offen die Beziehungen (und vermeintliche Befreiung) einer Frau zu verschiedenen Männern beschreibt, zu verbieten. Es war eines der meist verkauften Bücher.

Unter gegebenen Bedingungen des 12. September Regimes mit seinen halbfeudalen Strukturen, patriarchalischem Charakter braucht die Frauenbewegung eine grosse Öffentlichkeit als Schutz und zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Viele wissen von ihrer Situation sehr genau, es fehlt ihnen nicht an Kraft, die sie schon längst entwickelt haben, um des täglichen Überlebens willens. Das Bewußtsein der gemeinsamen Kraft werden wir erfahren.



'Es ist unser Körper, es ist unsere Identität, Frauen solidarisiert Euch!'

WOCHENENDSEMINAR

In diesem Zusammenhang laden wir alle FreundInnen am 17./18. Juni 1989 ein, wo wir wegen des absoluten Informationsdefizits über die Situation der Frauen in der Türkei berichten wollen über ihre Geschichte und Politisierung. Der Platz der Frauen in den revolutionären Bewegungen soll beschrieben sowie die Frage ihrer Organisation diskutiert werden. So geht es auch um die spezielle Situation von Revolutionärinnen unter der faschistischen Diktatur, wie sie sich vor allem in den Gefängnissen zeigt. Über den aktuellen Stand der verschiedenen Frauenorganisationen und ihrer Diskussionsansätze gibt es Berichte. Dieses Seminar wird von einer türkischen Freundin, die sich auf die Geschichte der Frauenbewegung in der Türkei spezialisiert hat, von einer anderen Freundin, die selbst als politische Gefangene im Gefängnis war und ausserdem von einer Frau, die sich in der Türkei direkt über den aktuellen Stand der Frauenorganisation informiert hat, vorbereitet.

Veranstaltungsort: Jugendherberge, Siegesstr. 5a, 5000 Köln-Deutz

TeilnehmerInnenbeitrag: 15,- DM mit Essen und Übernachtung. Fahrtkosten können leider nicht erstattet werden.

VeranstalterIn: AKE in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Türkei Information

Datum: 17./18. Juni 1989

Anmeldung:

Türkei Information, Postf. 910843, D-3000 Hannover 1, Tel: 0511-2102007, bitte bis zum 10. Juni

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tag die Arbeiter an die öffentlichen Behörden die Forderung richten, den Arbeitstag auf 8 Stunden festzusetzen...“

DER 1. MAI: 99 JAHRE, ABER IMMER NOCH WICHTIG!

Mit diesen Worten beschloß der Gründungskongreß der II. Sozialistischen Internationale 1889 in Paris eine einmalige Manifestation der ArbeiterInnen aller Länder am 1. Mai 1890. Mit dieser Entscheidung war ein Stück praktischer Politik verbunden. Der 1. Mai mit seinen von den ArbeiterInnen gestellten Forderungen nach Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung, Verbesserung der eigenen sozialen Lage und der Demonstration der internationalen Solidarität mit den ArbeiterInnen anderer Länder war ein politischer Kampftag, eine „Herrschaft des Proletariats“, so Friedrich Engels 1890. Die große Resonanz des Aufrufes,

die vielen Aktionen und Demonstrationen zeigten, daß der 1. Mai dem Bedürfnis der Arbeiterklasse entsprach, einen gemeinsamen und internationalen Kampftag zu haben, so daß er bereits 1891 als ständiger Festtag der ArbeiterInnen aller Länder seitens der II. Internationale proklamiert wurde. Seitdem spiegeln die Forderungen am 1. Mai nicht nur die ökonomischen Kämpfe der ArbeiterInnen wieder, sondern sind auch immer an den gesellschaftlichen Problemen der verschiedenen

Zeiten und gesellschaftlichen Umständen orientiert. Forderungen wie das allgemeine Wahlrecht, das Frauenwahlrecht, Jugendarbeitsschutzgesetze waren aktuelle Themen am Anfang dieses Jahrhunderts, später – in der Bundesrepublik – traten Forderungen für Abrüstung und Völkerfreundschaft, gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die 35-Stunden-Woche genauso auf, wie Bekundungen der internationalen Solidarität – bis heute verkörpert durch das Symbol der 'roten Nelke'. Der Maifeier ist also keine ständig wiederholte Litanei mit gleichlautenden Forderungen und Reden, sondern hinter dieser Demonstration der ArbeiterInnen spiegeln sich die wechselnden Impulse des notwendigen gesellschaftlichen Kampfes gegen Ausbeutung, Hochrüstung und reaktionäre staatliche Maßnahmen wieder. 1989 – 99 Jahre nach der 1. Maifeier – gilt es wieder für die ArbeiterInnen, zu den gesellschaft-

Aber auch in der politischen Kultur hat sich ein neuer/alter Konflikt aufgetan: das parlamentarische Wiedererstarken neofaschistischer Parteien und die Auswirkungen ihrer rassistischen Propaganda.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die fortschreitende Verarmung eines wachsenden Teils der Bevölkerung sind die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse und es entsteht ein „sozialer Nährboden“ für die demagogischen Parolen faschistischer Parteien und Gruppen, die EmigrantInnen und Flüchtlinge für wirtschaftliche Not und soziale Mißstände verantwortlich machen wollen. Angriffe auf Personen und Einrichtungen (z.B. Flüchtlingsheime) durch Schlägertrupps von FAP und anderen Gruppen mehrten sich. Geduldet und gefördert wird diese Tendenz durch immer offener geäußerten Rassismus seitens rechter Politiker, staatlicher Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen Flüchtlinge aus sog. 3. Welt-

anderen, die bisher den Sprung in die Parlamente nicht geschafft haben. Aus diesem Bereich kommt auch ein Angriff auf die Gewerkschaften. Michael Kühnen (führendes Mitglied der FAP) hat im April 1988 die „Freie Gewerkschaftsbewegung“ gegründet, um damit „einen Keil zwischen die Gewerkschaftsführung und die Massen der in den Gewerkschaften organisierten deutschen Arbeitnehmer zu treiben.“ Auch hier geht es für die Faschisten darum, das sog. „Überfremdungsthema“ – sprich rassistische Hetze – demagogisch auszu-schlachten. Es ist höchste Zeit, das antifaschistische Bewußtsein der Gewerkschaften und ArbeiterInnen zu stärken, denn vieles von der Propaganda von Frey, Schönhuber und Konsorten stößt auf offene Ohren.

Klar ist, daß die faschistische Ideologie und Herrschaftspraxis immer der Arbeiterbewegung feindlich gesinnt ist und die selbständigen Organisationen der Arbeiterklasse im Bereich der politischen und ökonomischen Willensbildung beeinträchtigt werden sollen. Einen nicht unerheblichen Teil der Arbeiterbewegung in der BRD bilden die ausländischen ArbeiterInnen. Ein Angriff auf sie gilt allen; ihre Entrechtung und Diskriminierung geht dem Generalangriff auf die gesamte Arbeiterbewegung voran. Dagegen kann und muß die Einheit und Solidarität untereinander gestärkt werden, denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Der 1. Mai ist und bleibt der Kampftag der ArbeiterInnen, an welchem



EmigrantInnen und Deutsche Schulter an Schulter gegen Faschismus, Ausschnitt von einer Demo in Hamburg gegen türkische Graue Wölfe und deutsche Neo-Faschisten...

lichen Entwicklungen und Tendenzen Stellung zu beziehen. Im ur-eigensten Bereich der Arbeitsverhältnisse gilt es, die geplanten 'Angleichungen' der Arbeitsbestimmungen im Rahmen des EG-Binnenmarktes 1992 abzuwehren. Die Veränderungen der Tarifbestimmungen und der Wochenarbeitszeitbestimmungen, wie z.B. die Sonntagsarbeit, zugunsten des Kapitals müssen durch den einheitlichen Druck der ArbeiterInnen verhindert werden.

Ländern (ermöglicht durch willige Mitarbeit eines Teils der Medien) und nicht zuletzt die teilweise gelungene Wiederbelebung national- (istischer) Gefühle durch die Wende-Regierung. Die DVU im Bremer Rat, die NPD im Frankfurter Römer und die Republikaner im Berliner Senat bilden den erneuten und in erschreckendem Maße anwachsenden parlamentarischen Teil der faschistischen Bewegung neben altbekannten militanten Gruppen wie FAP und

die gemeinsamen Forderungen gestellt werden müssen: – Nieder mit den neofaschistischen Organisationen. – Gegen Rassenhaß und Chauvinismus – Unterstützung und Förderung antifaschistischer Arbeit in Jugendverbänden, Organisationen, Vereinen und Schulen – Aktives und passives Wahlrecht für EmigrantInnen und Flüchtlinge – Gemeinsamer Kampf für die 35-Stunden-Woche

Eine Filmrezension:

„Geständnisse in Mamak“

Massenprozesse in der Türkei

Ein Film von Erich Schmied/Helena Vagnieres/Rene Zumbühl

„Wir lebten in ständiger Angst, erneut gefoltert zu werden und wurden auch immer wieder gefoltert, und wenn wir nicht gefoltert wurden, hörten wir die Schreie der anderen. Mein Ehemann und seine Freunde haben die schwersten Mißhandlungen erlebt. Man kann die Folter nicht beschreiben. Nur wer sie erlebt, weiß wie es ist...“ (Aussage von Pervin Müftüoğlu im Film „Geständnisse in Mamak“)

„Geständnisse in Mamak“, eine knapp 50 minütige Videodokumentation von Erich Schmied, berichtet über die Repression in der Türkei und erzählt dabei die Geschichte dreier Massenprozesse vor Militärgerichten. Der Prozeß gegen Devrimci Yol in Mamak/Ankara begann 1982 und dauert immer noch an, der Prozeß gegen die Bewohner von Fatsa dauerte sechs Jahre, der dritte Prozeß gegen PKK-Angehörige vor dem Militärgericht Diyarbakir ist auch beendet. Im Film dienen sie als Beispiele, um die Mechanik der türkischen Justiz darzustellen. Strafrechtsbestimmungen, 1936 wörtlich übernommen aus dem italienischen Gesetzbuch der Mussolinizeit, Gefängnisverordnungen mit Einheitskleiderzwang und dem Verbot, die kurdische Sprache zu sprechen, die Anwendung des Kriegsrechts und die Umstände, wie Justizbehörden mit den Angeklagten, VerteidigerInnen und Angehörigen umgehen, greifen ineinander. Wo nötig hilft die omnipotente Polizei mit Folter nach, um den Gerichten mittels erpreßten Geständnissen und Aussagen zu einem rechtmäßigen Urteil zu verhelfen.

Produktion: Videoladen Zürich (Helena Vagnieres und Rene A. Zumbühl).

Verleih: Medienwerkstatt Linden, Charlottenstr. 5, D-3000 Hannover 91, Tel: 0511-440500

<p>Impressum: Herausgeber: Türkei Informationsbüro Postf. 910843 D-3000 Hannover 9</p>	<p>Ich möchte die Türkei Information abbonieren: Jahresabopreis: mindestens DM 15,-</p>	<p>ABO-GELD ÜBERWEISEN: Stadtsparkasse Hannover G. Kurban Konto Nr.: 25307096 Blz.: 25050180</p>	<p>Nächste Nummer erscheint im September Auflage dieser Nummer: 4000</p>	<p>V.i.S.d.P: U. Hasselbring Postf. 910843 3000 Hannover 91</p>
---	---	---	--	---